

KERAMISCHER

VII/Nr. 25 BERLIN
18. Juni
1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:
Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grönsel, beide
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm
5646 und 5647. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Arbeitervolk, wehre Dich!

Man braucht es wahrlich nicht mehr zu beweisen, daß das kapitalistische System versagt. Die stillstehenden Fabriken und Werkstätten, die vielfach halbleerlaufenden Betriebe, die unbeladenen Wagenparks der Eisenbahnen, die gelöschten Schiffe in den Häfen, die leerstehenden Warenspeicher, die toten Bergwerke und die Millionen untätigen Menschenhände in der ganzen Welt sind Beweise genug. Die Folgen des Versagens dieses kapitalistischen Systems spüren sicher auch 90 Prozent der Weltbewohner mehr oder minder stark am eigenen Leibe. Das sind einwandfreie Tatsachen, die kein Mensch bestreiten kann.

Sie werden auch gar nicht bestritten, aber sie werden besonders bei uns in Deutschland umgelogen: Demagogen, politische Gaukler, Abenteurer und Futterkripenjäger, ausgerüstet mit klingender Münze aus vollen Kassenschranken, mit Brutalität und Gewissenlosigkeit, versuchen für das Versagen des kapitalistischen Systems nicht seine Träger, die Kapitalisten, sondern andere verantwortlich zu machen. Einmal werden die Marxisten, das andere Mal die Sozialisten oder Gewerkschaften genannt. Mit diesem Geschrei sollen die wahren Schuldigen gedeckt und geschützt und der berechnete Volkszorn über die Verantwortlichen des versagenden Wirtschaftssystems, das die Warenherstellung, die Warenverteilung und den Warenverbrauch nicht mehr zu lenken und zu beherrschen vermag, abgelenkt werden.

Diese Ablenkungsbewegung überflutet Deutschland gegenwärtig gleich einer stinkenden Schlammflut. Sie kämpft natürlich nicht offen, sondern tarnt ihre bezahlte Tätigkeit für das kapitalistische System. Sie gibt vor, für das Vaterland zu kämpfen und verschweigt ihr eigentliches Ziel. Ihr Geschrei um Volk und Staat ist die größte Geschichtslüge und der schlimmste Volksbetrug.

In einer Zeit, wo jeder Heilsapostel verkrampte Seelen als Anhänger bekommt, selbst wenn er mit Quarkkäse die Uebel der Zeit ausmerzen will, bekommt natürlich auch eine reich mit Zuwendungen bedachte Bewegung der „armgewordenen“ reichen Prinzen, Fürsten, Grafen, Generale, Fabrikanten, Bankiers, Großagrarien großen Zulauf und eine zahlreiche Anhängerschar. Im Versprechen an alle ist diese Bewegung ja auch groß, warum sollen da nicht auch Arbeitslose mitlaufen, wenn ihnen Heil versprochen wird. Die Versprechen an die armen Mitläufer brauchen ja nicht erfüllt werden, für sie genügt der Trost auf bessere Zukunft. Erst müssen die Geldgeber befriedigt und das System gehalten werden. Das ist das Nächstliegende. Darin liegt ihre eigentliche Zweck- erfüllung und Wirksamkeit. Die armen Mitläufer können beim Warten auf eine bessere Zukunft inzwischen verrecken, sie sind ja nur Werkzeug.

Am besten kennzeichnet dies die Bewegung selbst. Sie wird kommandiert. Kein Glied hat freie Willensbestimmung. Das proletarische Element ist nur ein Instrument, eine Masse, die zu gehorchen hat. Menschen sind nur einige Führer. Vor 14 Jahren schüttelte das deutsche Heer und damit auch das deutsche Volk eine ähnliche Zwangsjacke von sich und befreite sich von einem fürchterlichen Druck und jetzt ist ein Teil Deutschland wieder bereit, sich in eine gleichgeartete Zwangsjacke stecken zu lassen. Alle trüben Erfahrungen, alle schweren Leiden sind vergessen. Das deutsche Bürgertum gibt seine Freiheit um leere Verspre-

chungen hin, um Peitsche und Zuchttrute dafür einzutauschen, und nun einer eingebildeten Herrschaft größerer Macht und breiteren Einfluß zu gewähren.

Die Vernunft scheint der Lüge das Feld zu räumen und die Menschenliebe dem Haß, Blutrünstigkeit, Aufforderung zum Mord scheinen an Stelle christlicher Tugenden zu treten. Aufrufe zur Bestialität scheinen zum Programm zu gehören. Der Mord scheint zur Heldentat gestempelt zu werden. Den Anschein hat es, wenn man das Tun und Treiben dieser Bewegung betrachtet.

Da lebt doch wahrlich in der Arbeiterschaft ein anderer Geist. Wohl haben auch hier ungeheure Sorgen, bitteres Elend und unsagbare Not die Seelen zermüht, aber die Vernunft und der Instinkt sagt den Arbeitern doch, daß ihnen weder die Kapitalisten noch ihre zahlreichen Soldknechte helfen werden. Hilfe kön-

nen sich die Arbeitenden nur selbst bringen, Hilfe durch Solidarität mittels selbstverwalteter Organisationen. Hilfe durch Zusammenstehen und Zusammenhalten. Hilfe durch den geistigen Kampf um bessere Lebensrechte. Auch im unablässigen Ringen um das Mitbestimmen des eigenen Schicksals liegt gegenseitiges Helfen von Arbeitern und Arbeiterinnen. Machtvolle Solidaritätsgelände schuf sich die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft in den Gewerkschaften. Sie haben Hunderte von Millionen Reichsmark für Unterstützungszwecke zusammengebracht und an ihre Mitglieder zurückfließen lassen und damit Taten vollbracht, die in der Menschheitsgeschichte nicht ihresgleichen haben. Darin liegt Wahrfähigkeit. Das sind Spitzenleistungen höchsten Gemeinschaftsstrebens aus eigener Kraft und eigenem Willen. Das sind Beweise solidarischen

Handelns von besonderer Größe und Anschaulichkeit, auf die die deutsche Arbeiterschaft mit Recht stolz sein kann.

Gerade jetzt muß sich die Arbeiterschaft auf diese Taten besinnen und die Widerstandskraft aus ihnen schöpfen, die in dem Kampf gegen die anstürmenden Widersacher notwendig ist.

Arbeiter und Arbeiterinnen, setzt euch gegen Lüge und Verleumdung zur Wehr, schließt euch enger zusammen. Klärt eure Klassengenossen auf. In den kommenden Wochen wird das um so mehr notwendig sein, weil die reaktionär-nationalistische Bewegung den schärfsten Terror auf Andersgesinnte auszuüben beabsichtigt.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Jahrzehnte hindurch habt ihr gekämpft und gerungen, kämpft geschlossen weiter. Es geht um Lebensrechte, ohne die wir als Klasse nicht existieren können.

Reichstagsneuwahlen

Am 31. Juli wird ein neuer Reichstag gewählt.

Das Reichskabinett von Schleicher, von Papen beschloß, dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages am 4. Juni 1932 in Vorschlag zu bringen. Der Reichspräsident kam dem Regierungsvorschlag nach und begründete sein Vorgehen damit, daß die Reichstagszusammensetzung nicht mehr dem Willen des Volkes entspreche. Der Wahltermin wurde auf den 31. Juli festgesetzt.

Die neue Reichsregierung erhofft von den Wahlen ein Anwachsen der Nationalsozialistischen „Arbeiter“partei und damit eine starke Rückendeckung für ihre volksbedrückenden sozial- und kulturreaktionären Pläne.

Die Zeit zwischen Auflösung des Reichstages und der Neuwahl wurde kurz bemessen, damit die Wahrheit über diese Regierung und die sie stützenden Parteien, die Nationalsozialisten und Deutschnationalen, nicht ins Volk dringen soll.

Bis zum Wahltermin begreift hoffentlich schon das werktätige Volk, daß das System „der nationalen Konzentration“ noch viel schlimmer ist als das bisherige. Die neue Reichsregierung mit ihrer nationalsozialistischen Gefolgschaft will den Besitzenden und Großverdienern helfen. Das kann sie aber nur, wenn sie den Armen noch mehr wegnimmt, wenn sie das werktätige Volk belastet. Deshalb müssen sich heute schon die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Bauern, Handwerker und Gewerbetreibenden klar darüber sein, daß Parteien, die zu Prinzen, Grafen, Freiherren, Baronen, Generalen, Großgrundbesitzern,

Großindustriellen und Bankiers halten, dem Arbeitervolk wohl viel versprechen, aber nichts bringen. Das werktätige Volk muß sein Schicksal schon von seinen eigenen Vertretern bestimmen lassen. Wenn es zu den Kapitalvertretern läuft, kommt es unter die Räder und muß nach den Wahlen dafür büßen. Deshalb am 31. Juli richtig, und zwar sozialdemokratisch wählen.

Doch ein Reichsarbeitsminister gefunden.

Die neue Reichsregierung von Schleicher, von Papen konnte in den ersten Tagen ihres Werdens keinen Reichsarbeitsminister finden. Der als kommandierender Mann gehende Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler lehnte ab, ebenso der Präsident des Landesarbeitsamtes Südwest Kaelin-Stuttgart, ein Zentrumsmann. Daraufhin wurde der Wirtschaftsminister Professor Dr. Warmbold mit der Führung des Reichsarbeitsministeriums betraut. Nach weiteren Suchen hat sich nun doch ein neuer Reichsarbeitsminister in der Person des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Hugo Schaeffer, gefunden. Er stammt aus dem württembergischen Verwaltungsdienst, war 1922/23 bei Krupp Direktor und Leiter der Finanzen und wurde 1924 mit dem Präsidium des Reichsversicherungsamtes betraut. Nun zieht er ins Reichsarbeitsministerium ein, in dem bisher nur Arbeitervertreter der freien und christlichen Gewerkschaften tätig waren.

Staatssekretär Dr. Geib vom Reichsarbeitsministerium ist von seinem Posten zurück-

getreten. Es sollen auch noch andere Verschiebungen im Reichsarbeitsministerium vorgenommen werden. Der Kampf gegen die Sozialpolitik macht sich auf diese Weise bemerkbar.

Wahlpolitisches

Die Wahlen der letzten Monate zu den verschiedensten Landtagen ergaben ein Anschwellen der Hitler-Partei besonders auf Kosten der Bürgerlichen. Das war in Hessen, Preußen, Württemberg, Anhalt und Oldenburg so. Die Wahlen in Mecklenburg-Schwerin am 6. Juni zeigten das gleiche Ergebnis. Die Deutschnationalen verloren 6, die bürgerliche Mitte 11, die Staatspartei 1 Mandat. Ebenso gingen der Sozialdemokratischen Partei zwei Mandate verloren. Die Kommunisten konnten einen Sitz und die Nationalsozialisten 23 Sitze gewinnen.

Im Landtag sind nun vertreten: die Nationalsozialisten mit 30, die Sozialdemokraten mit 18, die Deutschnationalen mit 5, die Kommunisten mit 4, die Staatspartei und die nationalen Mecklenburger mit je 1 Abgeordneten.

Bei der Reichspräsidentenwahl hatte Hitler im zweiten Wahlgang 178 076 und bei der Landtagswahl 177 029 Stimmen, die Kommunisten im ersten Wahlgang 33 104, im zweiten 23 304 und bei der Landtagswahl 26 962 Stimmen erhalten. Aus der schwankenden Stimmzahl der Kommunisten kann man wohl schließen, daß auch kommunistische Anhänger aus „revolutionärer Ungeduld“ zu Hitler gelaufen sind.

Die gefesselte Weltwirtschaft

Das Bild der Weltwirtschaft der Gegenwart zeigt leider noch keine Erscheinungen, die eine Entlastung von dieser furchtbaren Krise erkennen lassen. In den Wintermonaten war die Arbeitslosigkeit auf etwa 30 Millionen angestiegen. Die Frühjahrsentlastung ist sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten in geringem Maße erkennbar gewesen. Die Indexziffer der industriellen Weltproduktion betrug nach den Feststellungen des deutschen Konjunkturinstituts (1928 = 100) 74 gegen 81 im Dezember 1931. Damit liegt die industrielle Produktion, selbst unter Einfluß der stark gestiegenen Erzeugung Sowjet-Rußlands, bereits unter dem Stand von 1913. Neuen, teilweise sehr scharfen Rückgängen standen in den letzten Monaten regionale Erholungssymptome auf den Geldmärkten gegenüber. Die Währungskrisen haben sich in vielen Ländern weiter verschärft. Die Zahl der Länder, die ihre Goldwährung aufgeben mußten, erhöhte sich um 5 (Ecuador, Chile, Siam, Griechenland, Peru). Daneben haben sich weitere Länder zur Erklärung von Moratorien gezwungen. So ist die Lage in der Weltwirtschaft allgemein als äußerst schlecht anzusehen.

Überblickt man die Lage einzelner Länder und Wirtschaftsgebiete, so kann man von einer absoluten Gleichförmigkeit im Wirtschaftsablauf nicht mehr sprechen. Wenn dies auch im ganzen an der krisenhaften, nach abwärts gerichteten Weltkonjunktur nichts ändert, so sind doch die Einzelercheinungen bemerkenswert. Es beginnen sich langsam einige Inseln aus dem Krisenmeer hervorzutun. Länder mit Besserungsercheinungen sind Argentinien, Brasilien und Australien. Gemildert hat sich ferner der Abschwung in einigen Gebieten des britischen Weltreichs. Auch Japan hat eine kurze Erholungspause zu verzeichnen gehabt. Demgegenüber zeigen die meisten überseeischen Länder starke krisenhafte Verschlechterungen. Soweit die Industrieländer in Frage kommen, haben sich die Produktionsrückgänge neben Deutschland in Frankreich verschärft fortgesetzt. Frankreich wehrte sich gegen die Verschlechterung durch Erhöhung der Zölle. Dennoch konnte die wachsende Passivität der Handelsbilanz nicht verhindert werden. Frankreich scheint namentlich durch das Ausbleiben der Reparationszahlungen seine finanzielle Vormachtstellung zu verlieren. In Italien hat sich die Schrumpfung der Produktion verschärft

fortgesetzt. Außerordentlich verschärft hat sich die Krise in Oesterreich, Polen und der Tschechoslowakei. Auch Schweden verlor durch die Valutaentwertung nicht die Abschwungsbewegung aufzuhalten. Die Schweiz und Holland wehren sich durch Zollerhöhungen usw. energisch gegen das weitere Vordringen der Krise. Doch vermögen sie das Schicksal wahrscheinlich nicht abzuwenden. Großbritannien verzeichnet eine verhältnismäßig günstige Lage. Die industrielle Produktion ist gestiegen. Infolge von Valuta und Zollschutz ist die Einfuhr von Inaustriegerzeugnissen erfolgreich abgewehrt worden. Damit einher ging eine Steigerung des Inlandsabsatzes. Auf den Auslandsmärkten hat die englische Industrie ihre Konkurrenten zurückgedrängt. Die Ausfuhr konnte sogar etwas gesteigert werden. Während die Schifffahrt anderer Länder in großen Teilen weiter still liegt, konnten englische Schiffe wieder in Fahrt gesetzt werden. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat der Konjunkturrückgang mit unverminderter Wucht angehalten. Den Anstrengungen der amerikanischen Regierung gelang es aber den Bankenkrise Einhalt zu gebieten. Durch eine großzügige Kreditausweitung hofft man auch

den Druck auf die Preise zu mildern. Es scheint, daß die Krise in den Vereinigten Staaten alsbald auf den tiefsten Stand angekommen ist.

Die Rückschläge im Welthandel traten in diesem Frühjahr besonders heftig in Erscheinung. Durch die Erschwerungen im zwischenstaatlichen Güterverkehr bei anhaltender Lähmung des Weltkreditverkehrs, haben sich die Währungsschwierigkeiten in einer Reihe von Staaten weiter erhöht. Die Seuche der Autarkiebestrebungen hat immer weitere Absperungsmaßnahmen zur Folge. Im ersten Vierteljahr 1932 ist der Welthandelsumsatz gegenüber der gleichen Zeit im Jahre 1929 wertmäßig um 58 v. H. und mengenmäßig um 33 v. H. zurückgegangen. Gegen das vierte Vierteljahr 1931 ergibt sich eine Verminderung von rund 22 v. H. der Werte und 19 v. H. der Mengen. Das ist eine Entwicklung, die kurz über lang zur Katastrophe führen muß. Von den vier großen Welthandelsländern hat sich die Ausfuhr in Deutschland und den Vereinigten Staaten am meisten vermindert. Der Welthandel leidet vor allem durch die Aufspaltung Europas in Gläubiger- und Schuldnerländer. Die Gläubigerländer sperren sich ab und verhindern dadurch die Zahlungsfähigkeit der Schuldnerländer. Die Psychose der

Autarkie scheint den Welthandel vollständig zu erschlagen. Das arbeitende Volk hat die stärksten Opfer zu tragen. Je geringer der Austausch von Gütern wird, je höher steigt die Arbeitslosigkeit.

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer derartigen Desorganisation, daß man an einer Wiedergestaltung zweifeln könnte. Erwartungsvoll blickt man auf die bevorstehenden Verhandlungen in Lausanne. Denkt man aber dabei an die politische Entwicklung in Deutschland und gleichartige Erscheinungen anderswo, so ist man geneigt, die Hoffnungen auf ein Mindestmaß herabzuschrauben. Eine Weltwirtschaftskonferenz ist nach der Lausanner Konferenz in Aussicht genommen. Wenn man sich aber politisch in irgend einer Form nicht zu einigen vermag, dann kann man auch den Ausgang der Weltwirtschaftskonferenz bereits voraussehen. Man wird sich auch dort mit Komplimenten und looren Redensarten begnügen. Inzwischen hungern die Völker weiter und werden in eine immer größere Verzweiflungsstimmung versetzt, die unweigerlich zu Explosionen führen muß. Politische Verbrecher haben dann die Möglichkeit ihre Ernte in die Scheune zu bringen. Die Folgen können furchtbar werden.

Höhe der Krümper-Alu. ist 50 Proz. der Alu. und Kru., die ein Arbeiter erhalten würde, wenn er ganz arbeitslos wäre.

Was bringt nun dieser Paragraph der Arbeiterschaft für Vorteile oder Nachteile? Die Ansichten darüber sind in Gewerkschaftskreisen sehr verschieden, weil Erfahrungen auf diesem Gebiete bis jetzt fast gänzlich fehlen. Nachteile können m. E. der Arbeiterschaft nur dadurch entstehen, daß dieser Krümperunterstützung trotz allen Entlassungswillens unmittelbar doch Entlassungen folgen müßten. In solchem Falle würde denjenigen Arbeitern, die Krümper-Alu. bezogen hätten, die bereits bezogene Unterstützungsdauer voll angerechnet, d. h. die 20 Wochen Bezugszeit würden um diese Dauer gekürzt. Da im übrigen die gleichen Bezugs Voraussetzungen vorliegen, wie bei Alu. und Kru. und auch die Bedürftigkeitsprüfungen dementsprechend vorgenommen werden, kann schlechthin von einem besonderen Nachteil der Krümperarbeiterschaft wohl nicht gesprochen werden. Die Vorteile, die der Arbeiterschaft durch das Krümpern entstehen, wiegen m. E. den sogenannten Schaden — soweit von einem solchen gesprochen werden kann — mehrfach wieder auf, vorausgesetzt, daß keine unmittelbaren Entlassungen folgen, die übrigens gerade durch diese Maßnahmen verhütet werden sollen.

Nehmen wir an, ein Betrieb müßte Kurzarbeit von wöchentlich 2 Tagen je 8 Stunden = 16 Stunden durchführen, dann könnte die aussetzende Arbeiterschaft in 4 Wochen wohl ihre Wartezeit zum Erhalt der Kurzarbeiterunterstützung erfüllen, nicht aber kann dieselbe Arbeiterschaft mit diesen wöchentlich 2 ausgefallenen Arbeitstagen auch Kurzarbeiterunterstützung erhalten. Solche kann vielmehr erst mit Aussetzen von wöchentlich mindestens 3 Arbeitstagen bezogen werden. Damit soll gesagt sein, daß Krümper-Alu. —

weil dieselbe ja ohne Wartezeit gegeben werden kann — in solchem Falle immer günstiger ist für die Arbeiterschaft, als Kurzarbeit mit Ausfall von 1 und 2 Arbeitstagen, oder gar Entlassungen. Selbst dann, wenn eine Kurzarbeiterunterstützung bei 3 Ausfalltagen gezahlt wird, beträgt z. B. der Satz in Klasse VI mit Frau und einem Kind nicht mehr als die wöchentliche Krümper-Alu. Daraus ergibt sich die einfache Schlussfolgerung, daß Krümperunterstützung in sehr vielen, ja vielleicht in den meisten Fällen der Kurzarbeit vorzuziehen ist, insbesondere dann, wenn solche betriebstechnisch gar nicht oder nur sehr schwer durchführbar ist. Als dann muß darauf geachtet werden, daß die Wechselschichten (Krümperfeierschichten) in verschiedenen Gruppen eingeteilt und dabei die sozialtragbaren Schultern besonders berücksichtigt werden können, z. B. die Zwei- und Mehrverdiener in einer Familie, oder sonstige sozial Bessergestellte im Betriebe. An deren Stelle kann man die Alleinverdiener zunächst verschonen. Es können also auf diese Weise nicht nur Kurzarbeit vermieden und Entlassungen verhindert werden, sondern auch der Arbeitsmarkt und die Fürsorgeämter bleiben durch solche Maßnahmen entlastet.

Der Wille des Gesetzgebers bei Schaffung dieses Paragraphen 89 b AVAVG. war jedenfalls der, daß dadurch weitere Entlassungen in den Betrieben verhindert, schon vorhandene Fürsorgeempfänger zum Zwecke einer neuen Anwartschaftserwerbung in den Produktionsprozeß eingeführt, die Betriebe möglichst mit ihren gesamten Anlagen ohne Kurzarbeit intensiv ausgenutzt und die Wohlfahrtsämter nicht noch stärker belastet werden. Zwischen diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist der § 89 b AVAVG. mit ein beachtenswerter Kompensator, der nicht zuletzt zugunsten der Arbeiterschaft angewandt werden kann. Strauch, Singen a. H.

16. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz

Die Sozialpolitik war nie der Liebling der herrschenden Gesellschaft. Selbst als die Wirtschaft blühte, war sie nur ein Stiefkind, und je mehr der wirtschaftliche Rückschlag sich geltend machte, desto mehr wurde sie in die Ecke geschoben, und wenn es nur ging, würde man sich von ihr vollständig lossagen. Sie wird jetzt von den Kapitalisten als ein großes Uebel betrachtet, als eine der Hauptursachen des schlechten Geschäftsganges. Daß in solcher Zeit eine Internationale Arbeitskonferenz, die der Förderung der Sozialpolitik zu dienen bestimmt ist, mit Erfolg arbeiten konnte, ja, daß auf ihr die Beschlüsse mit größeren Mehrheiten gefaßt wurden als in den vergangenen Jahren, das ist überraschend.

Bei der Aussprache über den Bericht des Direktors, der in seinem Hauptteil auch in diesem Jahr die Wirtschaftskrise behandelte und nach Mitteln suchte, sie zu beheben, ist eigentlich mehr von der Wirtschaft als von der Sozialgesetzgebung geredet worden. Das ist dann fortgesetzt worden, als die Entschlüsse für Beratung standen. Die Mehrzahl beschäftigte sich mit der zukünftigen Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts. Sie brauchen hier nicht besonders behandelt zu werden. Anders steht es mit einer Entschlußung, die von Jouhaux, Mertens und Schürch eingebracht wurde und die in einer abgeschwächten Form, die von den Antragstellern akzeptiert worden war, von der Konferenz angenommen wurde. Sie ist eigentlich das Ereignis der letzten Konferenz gewesen; im Ausschuß und auf der Konferenz ist heftig um sie gestritten worden.

Die Entschlußung ist sehr umfangreich. Ausgehend von einer Reihe von Voraussetzungen, wendet sie sich an den Völkerbund und an die einzelnen Staaten, verlangt die Organisierung und Finanzierung öffentlicher Arbeiten, Mitwirkung bei der Regelung der Reparationsfrage, eine Konferenz zur Regelung des Währungs- und Kreditwesens, eine weitere Konferenz zur Beratung der Fragen der Erzeugung der Waren und ihres Umlaufs. Welche Wirkung die Entschlußung auf den Völkerbund haben wird, läßt sich nicht sagen. Es sei aber auch an dieser Stelle das Bedauern darüber ausgesprochen, daß der bereitede Mund verstummt ist, der ihr beim Völkerbund Anerkennung verschafft hätte. Bei all diesen Dingen wird Albert Thomas nicht zu ersetzen sein.

In einer weiteren Entschlußung fordert die Konferenz den Verwaltungsrat auf, die Frage der gesetzlichen Einführung der 40-Stunden-Woche in allen Industriestaaten im Hinblick auf die baldige Annahme einer internationalen Regelung zu prüfen.

Vom Verwaltungsrat war auf die Tagesordnung gesetzt worden: 1. Die Aufhebung der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsstellen. 2. Die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung. 3. Das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nichtgewerblichen Berufen. 4. Die teilweise Abänderung des Uebersinkommens über den Schutz der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter gegen Unfälle.

Die Punkte 1 und 2 standen zum erstenmal auf der Tagesordnung, es konnten also nur Resolutionen aufgestellt werden, die das Amt für die Formulierung der Fragebogen zu berücksichtigen hat. Die übrigen beiden Punkte waren auf der Konferenz ihre endgültige Regelung gefunden.

Über die Punkte 1 und 2, die im kommenden Jahr zu Uebersinkommensentwürfen verfaßt werden, kann gesagt werden, daß sie bei der Invalidenversicherung aufgestellten Grundsätze im wesentlichen der deutschen Gesetzgebung entsprechen. Ähnlich ist es bei der Abschaffung der werkschaftlichen Arbeitsvermittlungsstellen. Natürlich gilt das nur für die Fragebogen, die den Legierungen vorgelegt werden, deren Antworten dann als Material den Uebersinkommensentwürfen zugrunde gelegt werden.

Nicht vorbeigegangen werden kann an einer Angelegenheit, wo die Arbeitergruppe eine Niederlage erlitt. Seit Italien Faschisten als Arbeitvertreter schickt, hat die Arbeitergruppe ihr Mandat angefochten, sie hat auch die einen Faschisten als Vertreter in irgendeinem Ausschuß gewählt. Das hat schon einmal zu einer Geschäftsordnung geführt, durch die erreicht wurde, daß Mitglieder und deren Sachverständige in jedem Ausschuß mitarbeiten können. Selbstverständlich ohne Stimmrecht. Auf Drängen Italiens ist jetzt die Geschäftsordnung von neuem geändert worden. Jetzt

kann ein von der Gruppe nicht zugelassener sich bei dem Propositionsausschuß beschweren, seine Zulassung zu einem bestimmten Ausschuß verlangen und auf diese Art Mitglied werden. Die Selbstbestimmung der Gruppe ist dadurch bei einem wichtigen Punkt durchlöchert worden. Weiter sieht die Geschäftsordnung jetzt vor, daß, wenn bei einem Protest neue Gründe nicht vorgebracht werden, die Konferenz über die Gültigkeit eines Mandats ohne Aussprache entscheiden kann. Dieser Bestimmung gab die Konferenz rückwirkende Kraft und so konnte gegen die Zulassung des Faschisten öffentlich nicht protestiert werden. Ausschlaggebend waren dabei diplomatische Rücksichten. Besonders unangenehm haben die Arbeiter empfunden, daß neben den italienischen Anträgen eine Vorlage des Internationalen Arbeitsamts zur Geschäftsordnung lief, durch die den Wünschen der Faschisten voll Rechnung getragen wurde.

Für oder gegen das Krümpersystem?

Durch die Verordnung vom 6. Oktober 1931 wurde mit Wirkung vom 12. Oktober 1931 ein neuer Paragraph in das AVAVG. (Arbeitslosenvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz) eingefügt, der für manche Betriebe und deren Arbeiterschaft in gewissen Zeiten zum Vorteil dieser angewandt werden kann. Besteht in einem Betriebe z. B. eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat, Arbeiterrat oder Angestelltenrat, nach der in regelmäßiger Wechsel ein Teil der Belegschaft vorübergehend die Arbeit aussetzt — sei es durch vorübergehende Entlassungen oder durch den sogenannten Werksurlaub — so kann der Vorsitzende des Landesarbeitsamts, in dessen Bezirk der Betrieb liegt, zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes auf Antrag der Beteiligten anordnen, daß die Ausgeschiedenen, auch wenn sie sonst nicht als arbeitslos anzusehen wären, beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen Arbeitslosenunterstützung erhalten, jedoch darf der Wechsel der Belegschaft nicht in größeren als monatlichen Zeitabschnitten erfolgen, und die während der Regelung in dem betreffenden Betriebe arbeitende Belegschaft darf ohne Berücksichtigung des jeweils ausgeschiedenen Teiles nicht wesentlich geringer sein, als die durchschnittliche Belegschaft der letzten Zeit. Auch ist während dem Bezug der Krümper-Alu. — denn so heißt die Arbeitslosenunterstützung nach § 89 b AVAVG. — Kurzarbeiterunterstützung ausgeschlossen. Die

Tariffbildung, -überwachung und -durchführung in der Heimarbeit

Die Tariffbildung für Betriebsarbeiter nimmt in der Regel den Gang dergestalt, daß Unternehmer- und Arbeitnehmerorganisationen durch Verhandlung versuchen, zu einem Tarifabschluß (Gesamtvereinbarung) zu kommen. Scheitern die Verhandlungen, dann wird gewöhnlich von einer der Parteien oder auch von beiden Parteien der zuständige Schlichtungsausschuß oder Schlichter mit Tariffhilfe angerufen. Schlichtungsausschüsse und Schlichter können auch von Amts wegen tätig werden. Der unparteiische Vorsitzende des Schlichtungsausschusses oder der Schlichter hat zunächst zu versuchen, den Abschluß einer Gesamtvereinbarung herbeizuführen. Scheitert der Versuch, dann macht der Schlichtungsausschuß oder die Schlichterkammer den Parteien einen Vorschlag für den Abschluß einer Gesamtvereinbarung (Schiedsspruch). Wird der Schiedsspruch von den Parteien angenommen, so hat er die Wirkung einer schriftlichen Gesamtvereinbarung (Tarifvertrag). Das gleiche gilt, wenn der Spruch auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder einer Vereinbarung bindend ist. Im Falle der Schiedsspruch nicht von beiden Parteien angenommen wird, kann er für verbindlich erklärt werden. Für die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches eines Schlichtungsausschusses ist der Schlichter zuständig, in dessen Bezirk der Geltungsbereich des Schiedsspruches liegt; in den übrigen Fällen der Reichsarbeitsminister. Durch die Verbindlichkeitserklärung ist die Gesamtvereinbarung oder der Schiedsspruch für die in Frage kommenden Tarifkontrahenten bindend. Sollen Außenseiter erfaßt werden, dann wird in der Regel der Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages beim Reichsarbeitsminister gestellt. Hat der Tarifvertrag im Gebiet überwiegende Bedeutung, dann wird in der Regel die Allgemeinverbindlichkeitserklärung ausgesprochen.

Die Tariffbildung in der Hausarbeit weicht von dem Entwicklungsgang für die Betriebsarbeit wesentlich ab. Die Funktionen des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, des Schlichters und des Reichsarbeitsministers sind im errichteten Fachausschuß zusammengefaßt. Der Fachausschuß kann alle 3 Funktionen in sich vereinigen. Ist ein Fachausschuß nach den Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes errichtet, so kann derselbe entweder aus sich heraus oder auf Antrag der im Bezirk des Fachausschusses bestehenden wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Verfahren auf Festsetzung von Mindestentgelten einleiten (§ 27 HAG.). In dem Verfahren auf Festsetzung von Mindestentgelten hat auch der Vorsitzende des Fachausschusses die Pflicht, auf eine tarifliche Vereinbarung über die Entgelte hinzuwirken (§ 28 Abs. 1 HAG.). Kommt ein Tarifvertrag über die Entgelte zustande, so ist der Fachausschuß berechtigt, die Bestimmungen des Tarifvertrages über die Entgelte als allgemeinverbindlich zu genehmigen, und zwar auch dann, wenn der Tarifvertrag noch keine überwiegende Bedeutung erlangt hat (§ 31 HAG.). Zwei Gesichtspunkte schärfen sich aus dem § 31 HAG. merklich heraus. Der Paragraph spricht bei dem einen Gesichtspunkt der Allgemeinverbindlichgenehmigung eines Tarifvertrages, nicht von Allgemeinverbindlichkeitserklärung, wie die Tarifvertragsordnung vom 1. März 1928 (§ 2). Beide Verwaltungsakte gleichen sich also nicht völlig. Während die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages für die Betriebsarbeiter endgültig ist, kann die Allgemeinverbindlichgenehmigung eines Tarifvertrages durch den Fachausschuß unter Umständen einer

Bestätigung durch die Errichtungsbehörde bedürfen. Das tritt dann ein, wenn der Genehmigungsbeschuß oder der Festsetzungsbeschuß nur mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt ist. Wird der Beschuß mit der Stimme des Vorsitzenden, einem Beisitzer und zugleich von einer Zweidrittelmehrheit der Vertreter gefaßt, dann ist er endgültig, sonst bedarf er der Genehmigung der Errichtungsbehörde des Fachausschusses.

Der zweite Gesichtspunkt bringt zum Ausdruck, daß der Tarifvertrag oder der Festsetzungsbeschuß über die Entgelte auch dann für allgemeinverbindlich genehmigt werden muß, wenn er im Bezirk noch keine überwiegende Bedeutung erlangt hat. Damit will das Gesetz den besonderen Schutz für die in der Hausindustrie tätigen Personen zum Ausdruck bringen. Die endgültig genehmigten Bestimmungen eines Tarifvertrages über die Entgelte und die endgültig festgesetzten Bestimmungen über Mindestentgelte haben für den Bezirk des genehmigten oder festsetzenden Fachausschusses oder Gesamtfachausschusses die Wirkung eines für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages im Sinne des § 2 der Tarifvertragsverordnung vom 1. März 1928. Auf den Gesamtfachausschuß treffen bei Tariffestsetzung dieselben Merkmale zu wie für den örtlichen oder den Bezirksausschuß.

Die Bußfestsetzung bei Ueberwachung und Durchführung des Tarifvertrages ist ebenfalls zum besonderen Schutz der Arbeiter der Hausindustrie Aufgabe des örtlichen oder bezirklichen Fachausschusses, nicht des Gesamtfachausschusses. Der Gesamtfachausschuß soll nur von Fall zu Fall gebildet werden und nur die Funktion erfüllen, Tarifverträge über die Entgelte zu schaffen. Nach Erreichung des Zieles müßte er dann also immer wieder aufgelöst und später wieder neu gebildet werden (§ 27 HAG.). Freilich hat die Praxis auch in diesem Fall andere Formen angewandt, in der Tat ist ja auch der § 27 HAG. viel zu eng. So hat beispielsweise der Gesamtfachausschuß für die Karneval- und Festartikelindustrie im Deutschen Reich eine sogenannte „Kleine Kommission“ eingesetzt. Ihre Arbeit besteht u. a. auch darin, den geschaffenen Tarif zu überwachen und Säumnige zur Tarifierfüllung anzubalden. Diese Funktion ist bis jetzt mit Erfolg durchgeführt worden.

Zur Ueberwachung eines geschaffenen Heimarbeiterlohntarifes sind nicht nur Gewerbeaufsichten und die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zuständig, sondern jede dritte Person (§ 37 Abs. 1 HAG.). Es gilt ja bei Ueberwachung und Durchführung von Heimarbeiterlohntarifen „öffentliches Recht“ zur Anerkennung zu bringen. Deshalb hat jeder Interessent das Recht, bei Minderentlohnung Anzeige beim Fachausschuß zu erstatten. Das wollte bei Schaffung des Gesetzes der Gesetzgeber.

Zu diesem Zwecke wurde das Buß-Zwangsverfahren gegen Lohndrücker durch § 37 im Hausarbeitsgesetz (Heimarbeiterlohngesetz) vom 27. Juni 1932, RGBl. I S. 472) eingeführt. Während sich die Tariffbildung zur Zeit an das allgemeine Lohnschlichtungsverfahren anlehnt, bildet das Lohnzwangsverfahren in Gestalt des Bußverfahrens nach 1923 eigentlich Neuland. Das Buß-Zwangsverfahren wird in den §§ 37 bis 39 HAG. behandelt. Es setzt voraus, daß die dem Tarif unterstehende Person in der Hausarbeit niedriger entlohnt wird wie der Tarifvertrag über die Entgelte oder der Festsetzungsbeschuß des Fachausschusses über die Entgelte vorsieht. Der § 37 regelt die Bestimmungen über das eigentliche Bußverfahren, der § 38 das Beschwerdeverfahren bei Festsetzung der Bußen und der § 39 zeigt Wege über Einziehung und Verwertung der Buße. Die bedeutendsten Bestimmungen über die Durchführung von Bußverfahren sind im § 37 vereinigt. Darüber wird im Abschnitt II der Abhandlung berichtet werden. I. Eifflein,





Untragbarer Schiedsspruch in Gruppe IV

Wie berichtet, konnten in den Gruppen I, II, III und V die Lohnsätze durch Parteivereinbarungen mit geringen Abänderungen befristet bis zum 30. September 1932 wieder in Kraft gesetzt werden. Die Parteivereinbarungen sind zustande gekommen, nachdem wohl die Arbeitgeber auf Grund der Beweisführung der Arbeitnehmerorganisationen erkannt haben, daß es der Arbeiterschaft und auch der Öffentlichkeit gegenüber nicht mehr zu verantworten ist, Kürzungen bei den Löhnen der in der Weißglasindustrie beschäftigten Arbeitnehmer vorzunehmen. Die erwähnten Parteivereinbarungen stellen nicht nur einen Akt der Loyalität, sondern auch der Vernunft dar.

Anders verfuhr man in der Verbandsgruppe IV. Unter „Angleichung und Anpassung“ an andere Gruppen glaubte man die jetzige Zeit für geeignet, bei fast allen Lohnpositionen Vorschläge auf Lohnabbau von 5 bis zu 25 Prozent machen zu müssen, obgleich bereits im vorigen Jahre trotz Aussperrung eine sogenannte „Angleichung“ herbeigeführt worden ist. Daß Parteiverhandlungen bei Beurteilung der Vorschläge der Arbeitgeber in der Verbandsgruppe IV zu keinem Ergebnis führen konnten, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden. Wir vertreten sogar nach den stattgefundenen Partei- und Schlichtungsverhandlungen den Standpunkt, daß die Arbeitgeber eine Verständigung, wie in anderen Gruppen herbeigeführt, gar nicht wünschen.

Die Lohnvorbelastung, die im allgemeinen der sächsischen Industrie zugemutet worden ist, und zwar durch die politischen Bestrebungen, ist jetzt nicht mehr zu ertragen; sie muß mit einem Schnitt beseitigt werden. Sachsen, das Land der ehemals niedrigsten Löhne, muß infolge seiner Lage auch wieder dazu zurückkehren.

Herr Syndikus Dr. Schmidt huldigt bei seinen Darlegungen ferner sehr stark der Durchlungerspolitik und der Veredelungstheorie, die man sonst nur von Leuten hört, die bestimmt Herrn Dr. Schmidt nicht nahesteht. Kommt der Ausgleich mit den anderen Gruppen nicht, dann würde die Konkurrenzfähigkeit der sächsischen Glasindustrie auch weiterhin bestehen bleiben, und die Krise muß sich verschärfen.

Soweit die Glasindustrie in Frage kommt, war Sachsen bestimmt auch in der Vorkriegszeit nicht das Land der niedrigen Löhne, im Gegenteil, die qualifizierten Glasarbeiter aller Branchen zogen sich nach Sachsen wegen der besseren Bezahlung. Es lassen sich auch die Behauptungen der Lohnvorbelastungen Sachsens zur Jetztzeit nicht mehr beweisen, da die Produktionsverhältnisse die technischen Voraussetzungen und die Ausnutzung der Arbeitskraft fast überall verschieden liegen. Schon die Spannungen bei den Akkordvordiensten der einzelnen Gruppen zueinander lassen dies erkennen.

Leider war man Vernunftsgründen nicht zugänglich, denn sonst hätte der Schiedsspruch anders ausfallen müssen.

Es ist schon ungerecht, daß man bei den Endlöhnen verschiedener Kategorien Lohnsenkungen bis zu 6 Proz. eintreten lassen will. Katastrophal und geradezu willkürlich müssen sich aber die vorgesehenen Lohn-

abschläge bei den Fachhilfsarbeitern durch Verschiebung der Altersstaffeln auswirken. Von uns angestellte Berechnungen ergeben, daß die eintretenden Abzüge 12—14 Proz. betragen können, in einem Fall bis 22 Prozent, ja bei Betriebsunterbrechungen, die länger als sechs Wochen dauern, kann es vorkommen, daß mit dem neuen Arbeitsvertrag nur der Einstellungslohn der Kategorie angeboten wird, und dadurch Abzüge im Verhältnis zum alten Arbeitsvertrag bis zu 40 Proz. eintreten können. Selbst bei den Löhnen der Hofarbeiter und Hilfsarbeiterinnen hat man keine Rücksicht genommen, denn sonst hätten nicht Kürzungen je nach Ortsklasse von 3—10 Proz. erfolgen dürfen.

In einer Konferenz der Arbeitnehmer der Gr. IV ist der Schiedsspruch einstimmig abgelehnt worden unter dem Hinweis, daß die starke Belastung für die Zeitlohnarbeiter mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß.

Veredelungsindustrie Fürth

Von der furchtbaren Krise ist die Veredelungsindustrie Fürths besonders stark mitgenommen worden. Die Absatzmärkte des Auslandes konnten nur spärlich erhalten bleiben, und der Inlandsabsatz leidet stark unter der Einkommensschrumpfung.

Wenn wir dies auch als Arbeitnehmerorganisation anerkennen wollen, dann dabei hier zu untersuchen, ob nicht Rückständigkeit in der Produktion usw. die Krise für Fürth verstärkt hat, so können wir aber nicht anerkennen, daß die Fortsetzung der Produktion in Fürth nur dadurch möglich sein soll, daß die Löhne bei jedem Ablauf des Vertrages erneut um 10 und mehr Prozent gekürzt werden sollen. Diese Methode wird aber treu und beharrlich von den Fürther Glasindustriellen fortgesetzt, obgleich sie sich damit als Veredelungsindustrie keinen guten Dienst erweisen. Je mehr die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung nur auf den nackten Lebensstandard abgestellt werden, um so mehr müssen Luxus- und Veredelungsindustrie darunter leiden.

Der erneut beabsichtigte Lohnabbau von 10 Proz. für Facharbeiter, 20 Proz. für Hilfsarbeiter und 25 Proz. für Frauen, sowie 20 bis 25 Proz. für Akkordarbeiter läßt fast erkennen, daß die Fürther Glasindustriellen bei Aufstellung dieser Forderung Einflüssen unterliegen gewesen sein müssen, die man im allgemeinen Sprachgebrauch als nicht normal bezeichnet. Wie kann man einer Arbeiterschaft, die durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den letzten Jahren ungeheuer gelitten hat, zumuten, daß die kärglichen Löhne noch um obengenannte Prozentsätze gekürzt werden? Hat man in Fürth nichts von den Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums bei den Lohnbewegungen der Jetztzeit gelesen, oder will man solche exorbitant hohen Forderungen noch als „Angleichung und Anpassung“ bezeichnen? Eine „Angleichung“ mag in den Vorschlägen der Fürther Glasindustriellen stecken, und zwar, daß qualifizierte Facharbeiter in Zukunft bei intensiver Arbeit weniger verdienen sollen als Wohlfahrtsunterstützte. Eine Anpassung mag auch in Frage kommen, und zwar eine Anpassung der Löhne

Bei der Annahme-Erklärung durch den SDG. an den Vorsitzenden leisten sich die Herren Arbeitgeber noch die vage Behauptung, der Schiedsspruch befriedigt trotz der Annahme-Erklärung nicht, da die „Angleichung“ noch nicht vollkommen durchgeführt sei. Diese Darstellung gleicht schon fast einer Verhöhnung der ausgepörrten Glasarbeiterschaft in der Verbandsgruppe IV. Dieser Vorgang läßt erkennen, daß alles menschliche Gefühl beiseitegeschoben wird, wenn es gilt, Interessenpolitik zu betreiben.

Die Arbeitgeber wollen die Verbindlichkeit beantragen. Das Reichsarbeitsministerium hat nun das Wort, dasselbe Reichsarbeitsministerium, das vor einiger Zeit selbst Herrn Dr. Schmidt gesagt haben soll, daß die Löhne in der Weißhohlglasindustrie, sei es bei den Akkordarbeiter oder bei den Zeitlohnarbeitern, kaum noch eine Kürzung ertragen können. Hoffentlich wird das Reichsarbeitsministerium beweisen, daß es diese Erkenntnis trotz des „Systemwechsels“ noch hat. M. K.

und kulturellen Verhältnisse gleich dem Kult. Es muß als geradezu unverantwortlich bezeichnet werden, daß solche Forderungen der Öffentlichkeit übergeben werden, und daß sich dazu noch ein Syndikus findet, der den Mut hat, sie zu vertreten.

Bereits im vorigen Jahre mußte infolge des brutalen Vorgehens der Glasindustrie in Fürth eine Aussperrung ertragen werden. Wie diesmal die Bewegung über die Lohnstratigkeit ausgeht, ist noch nicht zu erkennen. Zu erkennen ist aber, daß das Maß bei der Arbeiterschaft von Fürth und ihrer Organisation überreichlich voll ist. Wir werden es auch bei den Schlichtungsverhandlungen ablehnen, über solche Vorschläge überhaupt in Verhandlungen einzutreten, und erwarten, daß der Schlichter den Arbeitgebern auferlegt, Vorschläge zu unterbreiten, die überhaupt Verhandlungsmöglichkeiten bieten. Diese Vorschläge können nach unserer Auffassung nur in der Richtung liegen, die jetzt bestehenden Verträge unverhindert wieder in Kraft zu setzen. M. K.

Mitterteich

Im Glaswerk Mitterteich herrscht schon seit längerer Zeit, sowohl unter den Arbeitern und Angestellten, als auch bei der Direktion eine sehr gedrückte Stimmung, die auf den unheilvollen Einfluß der jetzigen Besitzer von Grünplan und Jena zurückzuführen ist. Die Arbeiter sind aus dem guten Grunde mißgestimmt, weil durch die fortwährenden Lohnkürzungen und sonstigen Verschlechterungen die Lebensbedingungen schon derart niedrig sind, daß keine richtige Freude am Leben und der Arbeit mehr aufkommt, zumal unter dieser Firma nicht billig und schön genug mehr gearbeitet werden kann. Die Angestellten sind ebenfalls verstimmt, weil sie einerseits auch von dem kalten Lohnabbau betroffen wurden, und andererseits jetzt mehr Verantwortung haben und doch nichts mehr recht machen können. Am stärksten verstimmt ist jedoch der Herr Direktor selbst, weil man von ihm als Leiter des Werkes alles Mögliche und Unmögliche verlangt und obendrein

auch noch sein alleiniges Bestimmungsrecht, der „Herr-im-Hause-Standpunkt“ durch die vorgesetzten Herren von Grünplan eine starke Einbuße erlitten hat. Und in der Tat sind seit der Übernahme des Werkes durch eine Aktiengesellschaft von Grünplan hier ständig Verschlechterungen eingetreten. Es werden von dort, ohne richtige Kenntnis der hiesigen betrieblichen Verhältnisse und ohne Rücksicht auf die technische Durchführbarkeit einfach Maßnahmen angeordnet, die oft so einschneidend sind, daß man fast den Eindruck gewinnen könnte, als ob das Werk nur zu dem Zwecke erworben wurde, um es zu vernichten und sich dadurch eine lästige Konkurrenz vom Hals zu schaffen. Von früher sechs Oefen arbeiten zur Zeit nur noch zwei und hier wird bei jeder Gelegenheit mit Stilllegung gedroht. Und es scheint fast, als ob die Herren wirklich kein besonderes Interesse an dem ganzen Betriebe haben, denn wenn sich die Herren Direktoren wirklich einmal von Grünplan hierher bemühen, so eilen sie sich die Hütte nur von außen an, damit sie ja mit keinem Arbeiter und dem Produktionsprozeß in Berührung kommen.

Es dürfte aber gerade diesen Herren nichts schaden, wenn sie sich die schwere Arbeit der Belegschaft einmal etwas näher ansehen würden. Vielleicht könnte dann bei ihnen doch so etwas wie Einsicht dämmern, daß man bei Kondrauerwasser und Brot (dann weiter reicht es bei den schlechten Verdiensten nicht mehr) auf die Dauer keine so schwere Arbeit verrichten kann. Die hiesigen Arbeiter und ganz besonders die Facharbeiter setzen bis jetzt ihr bestes Können ein und sie haben auch in der Erkenntnis der großen Konkurrenz und der schlechten wirtschaftlichen Lage in all den Jahren genug Entgegenkommen gezeigt. Wenn aber der Lohn derart gedrückt wird, wie dies in letzter Zeit geschehen ist, so daß keine Existenzmöglichkeit mehr gegeben ist, dann kann man auch vom besten Arbeiter nicht mehr verlangen, daß er mit großer Freude an seine Arbeit geht. Und wenn alle hier noch Beschäftigten, ganz gleich, ob Hand- oder Kopfarbeiter, das Interesse an der gesamten Produktion verlieren, so dürfte sich das ganz bestimmt nicht zugunsten des Betriebes und der Aktiengesellschaft auswirken.

Es wäre deshalb den leitenden Herren von Grünplan und Jena schon sehr zu empfehlen etwas mehr Entgegenkommen und vor allem das richtige Verständnis für die hiesigen Verhältnisse zu zeigen, damit für die Zukunft ein besseres Zusammenarbeiten ermöglicht wird.

Und den Arbeitern muß gesagt werden, daß sie untereinander etwas mehr Kollegialität und Solidarität üben und trotz der gegenwärtigen Notzeit an ihrem Verbands festhalten, weil nur eine starke Gewerkschaft imstande ist, noch weitere Verschlechterungen zu verhindern und zur gegebenen Zeit wieder Verbesserungen herbeizuführen.

Schweden

Unsere schwedische Bruderorganisation ersucht uns unterm 21. Mai 1932, im „Keramischen Bund“ darauf hinzuweisen, daß der ausgebrochene Streik in den schwedischen Glasschleifereien mit Erfolg für unsere Kollegen beendet werden konnte.

Die in der Nr. 18 des „Keramischen Bundes“ ausgesprochene Sperrung hat sich damit erledigt.



Absatzentwicklung in der feinkeramischen Industrie

Im Heft 1, 7. Jahrgang, der Vierteljahreshefte für Konjunkturforschung befinden sich recht aufschlußreiche Bemerkungen über die Absatzmöglichkeiten feinkeramischer Produkte. An Hand der Angaben des Instituts für Wirtschaftsoberwachung in Nürnberg wird festgestellt, daß auf dem Binnenmarkt die Krisis noch fühlbarer auftritt als im Export. Mehr und mehr werden in den letzten Monaten beim Absatz hochwertiger Waren durch billigere verdrängt. Während Zierporzellan Anfang 1929 dem Werte nach mit rund 12 v. H. am Absatz beteiligt war und dieser Anteil sich bis zum Herbst 1931 ungefähr halten konnte, ist er Anfang 1932 scharf auf 6 v. H. zurückgegangen. Dabei muß hervorgehoben werden, daß der Zusammenhang zwischen Preisbewegung und Mengenabsatz, wie er in den früheren Jahren deutlich zu erkennen war, nicht mehr feststellbar ist. Das heißt mit anderen Worten, trotz scharfen Rückgangs der Preise heben sich die abgesetzten Mengen nicht. Diese Feststellung trifft auch für Geschirrporzellan zu. Die Gründe für diese Bewegung liegen in der noch immer zunehmenden Arbeitslosigkeit und in dem Lohnrückgang, der auf dem noch arbeitenden Arbeiterschichten mit Einschluß der Beamten lastet. Das stellt der Bericht des Instituts für Konjunkturforschung auch sehr eindeutig heraus, indem er sagt:

„Die Schrumpfung der Masseneinkommen legt offenbar so große Teile der Einkommensverausgabung für den starren Nahrungsbedarf oder den notwendigen Ersatzbedarf in Bekleidung fest, daß für den typischen „Kulturbedarf“, wie ihn der Hausrat darstellt, kaum noch Mittel verfügbar sind. Auch der Ersatzbedarf scheint eine

geringere Rolle zu spielen, als gemeinhin angenommen wird; offenbar gehen die Haushaltungen zum Verschleiß ihrer sonst zurückgehaltenen Bestände über.“

Hier wird einmal von einer amtlichen Stelle die Feststellung getroffen, daß die gesamte heutige Wirtschafts- und Lohnpolitik dazu angetan ist, wie von Arbeitnehmerseite übrigens schon in Wort und Schrift, in Zeitungsartikeln und bei Verhandlungen zur Genüge dargelegt worden ist, geeignet ist, den Ast abzuschneiden auf dem wir alle: Staat, Unternehmer und Arbeitnehmer sitzen. Ob diese Feststellung etwas fruchtet, steht auf einem anderen Blatt. Wahrscheinlich nicht. Das beweist die weitere Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Tagen. Die Vorhersage des Instituts für Konjunkturforschung ist dann auch für die Folgezeit nicht günstig.

Die Entwicklung des Auslandsabsatzes der Jahre nach der Stabilisierung von Porzellan- und Steingutwaren im Vergleich zum letzten Vorkriegsjahr ist an dieser Stelle, unterteilt nach einzelnen Gruppen, in letzter Zeit besprochen worden. Es dürfte von Interesse sein, die weitere Entwicklung für die Monate Januar bis April 1932 im Vergleich zu den gleichen Monaten des Vorjahres zu verfolgen. Die rückläufige Entwicklung hat sich fortgesetzt, wie es ja bei der weltwirtschaftlichen Lage und bei der immer steigenden Zollabschließung der einzelnen Länder nicht anders zu erwarten war.

Die Ausfuhr von Steingut schneidet etwas besser ab als Porzellan. Steingutporzellan, enthalten in der Pos. 730, weisen sogar eine leichte Steigerung der Ausfuhr von 48317 auf

49555 Dz., das sind 2,3 v. H. mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres, auf. Wertmäßig ist allerdings der Doppelzentner von 69,60 auf 55,80 RM — um 19,8 v. H. — gesunken. Steingutgeschirr ist mengenmäßig um 8 v. H. von 23168 Dz., Januar bis April 1931, auf 21249 Dz. im gleichen Zeitraum 1932 zurückgegangen. Der Wert eines Doppelzentners dieser Ware ist aber von 90,60 RM im Vorjahr auf 69,60 in diesem Jahre oder um 23 vom Hundert gewichen. Steingutzierwaren sind am stärksten zurückgegangen. In den ersten vier Monaten 1931 konnten noch 2975 Doppelzentner ausgeführt werden. In der gleichen Zeit 1932 nur noch 2016 Dz., das sind 30 v. H. weniger. Der Doppelzentnerwert ist hier von 212 RM auf 167 RM, um 21 v. H. gefallen.

Am stärksten zurückgegangen ist im genannten Zeitraum die Ausfuhr von Isolatoren, Pos. 733 a, nämlich um 49,8 v. H., von 18232 auf 9153 Dz. Der Doppelzentnerwert hält sich mit 95 RM auf dem des Vorjahres. Die Porzellangeschirrausfuhr, Pos. 733 c, weist einen Rückgang um 14,3 v. H., von 52751 Dz. auf 45172 Dz. aus. Der Preis eines Doppelzentners ist von 150,50 RM auf 131 RM, um 12,3 vom Hundert gefallen. 733 d, Porzellanzierwaren sind von 4984 Dz. in den ersten vier Monaten des Jahres 1931 auf 3507 Dz. in dem gleichen Zeitraum 1932, um 29 v. H., zurückgegangen. Der Wert des Doppelzentners hat sich von 404 RM auf 366 RM, um 9,4 v. H., vermindert.

Die Steingutausfuhr ist also nicht so stark vom Rückgang betroffen als die Porzellanausfuhr. Dafür muß aber festgestellt werden, daß der Wert der Steingutausfuhr einen stärkeren Rückgang erfahren hat als der Wert

der Porzellanausfuhr. Auffällig ist, daß bei beiden Arten feinkeramischer Erzeugnisse besonders das Geschirr am stärksten im Preise nachgelassen hat. Daraus ist wohl zu schlußfolgern, daß die Porzellangeschirrinindustrie bemüht ist, den kleinen Vorsprung, den die Steingutindustrie beim Absatz von Geschirr vor der Porzellanindustrie hat, durch tiefere Preisstellung wieder einzuholen.

Das Institut für Konjunkturforschung kommt, nachdem es festgestellt hat, daß der Ausfuhrückgang besonders hoch in Zierporzellan und in Ziersteingut ist, zu der Schlußfolgerung, daß der Export sich auf einfache Verbrauchsgüter, Gebrauchsgeschirr aus Porzellan und Steingut konzentriert und verhältnismäßig gut behaupten könne. Sehr schwer wird durch den Rückgang der Ausfuhr um annähernd 50 Proz. die elektrotechnische Industrie betroffen. Das ist in erster Linie zu erklären durch den Rückgang der Bautätigkeit in den Abnehmerländern. Sodann spielt dabei eine Rolle die Verpflanzung der Industrie in das Ausland, wozu ja maßgebende deutsche Firmen beigetragen haben.

Schweiz für Staublungen-Entschädigung

Der Verwaltungsrat der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt hat sich in seiner Session vom 11. und 12. Mai mit der Frage des Einschusses der Staublungen (Pneumokontose) und insbesondere der Quarzstaublungen (Silikose) in die Betriebsunfallversicherung beschäftigt.

Als Staublungen gelten dabei lediglich die durch den eingeatmeten Staub bei der Arbeit in versicherten Betrieben verursachten spezifischen Staubkrankheiten der Lunge und nicht auch die gewöhnlichen Krankheiten, die dieser Staub begünstigen kann, ohne sie jedoch direkt zu verursachen.

Die der Direktion erteilte Ermächtigung tritt mit dem 1. Mai 1932 in Kraft. Immerhin können die freiwilligen Leistungen auch denjenigen Versicherten gewährt werden, die in diesem Zeitpunkt in Behandlung stehen oder ganz invalid, das heißt dauernd voll arbeitsunfähig sind, sowie den Hinterlassenen von Versicherten, wenn beim Invaliden die Einstellung der Arbeit und beim Versicherten und beim Verstorbenen der Tod nicht früher als am 1. Mai 1931 erfolgte. In jedem Falle laufen die Leistungen aber erst vom 1. Mai 1932 an.

Die Direktion der Unfallversicherungsanstalt wurde ferner eingeladen, zu untersuchen, ob es sich empfiehlt, an den Bundesrat ein Gesuch um Aufnahme des Quarzgesetzes in Art. 68 des Unfallversicherungsgesetzes vorgesehene Liste der Stoffe, welche Berufskrankheiten erzeugen, zu stellen.

„Keramag“

Der Vorstand der „Keramag“, Keramischen Werke Aktiengesellschaft Bonn berichtet an seinen Aufsichtsrat u. a. daß besonders erschwerend für das Exportgeschäft die Entwertung des englischen Pfundes, die vielfachen Zoll erhöhungen und Einfuhrbeschränkungen in fast allen Ländern und die Schwierigkeit der Einziehung von Außenständen in valutaschwachen Staaten wirkten. Außerdem sei infolge der Weltwirtschaftskrise auch im Auslande der Bedarf stark zurückgegangen.

Alle diese Hemmungen und Schwierigkeiten hatten zur Folge heißt es in dem Bericht, daß

der Gesamtumsatz um ein Drittel gegen den des Vorjahres, in dem ja auch schon ein starker Rückgang zu verzeichnen war, fiel. Er betrug wertmäßig nur noch knapp 40 Prozent unserer Kapazität. Unter solchen Umständen war ein gewinnbringendes Arbeiten der Betriebe nicht zu ermöglichen. Ende August 1931 legten wir unser Werk Flörsheim still, hielten aber den Versand aufrecht, während die beiden anderen Werke unter Anpassung an den Bedarf weiter eingeschränkt wurden. Soweit der Bericht.

Inzwischen kam ja die allmähliche Stilllegung Ratingens noch hinzu. Nun soll wahrscheinlich versucht werden, in Wesel, das ja auch nicht vollbeschäftigt ist, allein die Verzinsung von 6 Millionen Mark Aktienkapital herauszuholen. Das wird wohl nicht möglich sein, deshalb wäre die Anpassung des Aktienkapitals an die Leistung und den Umsatz des Betriebes wohl gerechtfertigt.

Städtlengsfeld

In der Generalversammlung der Porzellanfabrik Städtlengsfeld A.G. in Städtlengsfeld-Rhön wurde die Herabsetzung des Aktienkapitals von 600 000 RM auf 300 000 RM genehmigt. Der sich ergebende Buchgewinn dient zur Abdeckung der im Berichtsjahr 1930/31 entstandenen Verluste und der aus der wirtschaftlichen Lage sich als notwendig ergebenden Sonderabschreibungen. Der Restbetrag in Höhe von 33 000 RM wird dem Wertminderungskonto gutgeschrieben. Die Gesell-

schaft berichtet weiter, daß die Reorganisation des Betriebes und Umstellung auf die heutigen Zeitverhältnisse durchgeführt ist. Ueber irgendwelche Zukunftsaussichten läßt sich nichts sagen, da die Entwicklung des Porzellanmarktes nach wie vor vollkommen unübersichtlich ist und von der allgemeinen Weiterentwicklung des Inland- und Exportmarktes abhängig.

Rehau

Nach dem Bericht des Vorstandes der Porzellanfabrik Zeh, Scherzer & Co. AG. in Rehau führten zollpolitische Maßnahmen, Valuta- und Devisenschwierigkeiten, Kontingentierungen in einigen Exportländern zu einer fast völligen Brachlegung des Exportgeschäftes. Der dadurch hervorgerufene Umsatzrückgang wurde durch den im Inland eingetretenen Preisverfall noch weiter verstärkt. Die Unkosten konnten trotz Lohnsenkung und sonstiger Einsparung nicht im gleichen Maße ausgeglichen werden, so daß das Geschäftsjahr 1931 mit einem größeren Verlust abschließt. In Anbetracht dessen und in besonderer Rücksicht auf die allgemeine Wertminderung der Warenvorräte und der Fabrikanlagen, wobei ganz besonders auf den seit 1926 stillgelegten Zweigetrieb in Mühlhausen verwiesen wird, beschloß die GV, die Herabsetzung des Grundkapitals in erleichterter Form durch Einziehung von nom. 0,675 Mill. Reichsmark Vorrats- und Inhaberaktien auf 0,975 Mill. RM. Nach Abschreibungen auf Anlagen mit 0,118 (0,121) und eines Betrages von

0,570 (—) Mill. RM für Wertherichtigung der Aktiven ist die Gewinn- und Verlustrechnung abgeglichen (I. V. 61 453 RM Reingewinn aus dem 3 Proz. Dividende verteilt und 10 953 RM vorgetragen wurden.

Also die Lohnsenkungen brachten die Rettung nicht. Wir müssen uns das merken.

Schönwald

Im frühen Morgen des 8. Juni brach in der Porzellanfabrik, Abteilung A, in Schönwald ein Brand aus, der von Arbeitern und der alarmierten Feuerwehr durch schnelles Eingreifen auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Selbstentzündung durch Heißluft dürfte die Entstehungsursache sein. Anschließend sind die Sparmaßnahmen der Firma so einschneidend, daß die nächtliche Bewachung dabei nicht mehr in dem früheren Umfang durchgeführt werden kann. Hier sollte eine Aenderung eintreten, um so mehr, als die in der Nähe der Abteilung A liegenden Wohngebäude mit gefährdet sind. In Schönwald gibt es Arbeitslose genug, die auf Arbeit warten.

Lamspringe

Die auf den 18. Juni nach Hannover einberufene ordentliche Generalversammlung der Hannoverschen Porzellan-Fabrik und Metallwerk A.G. Lamspringe, soll auch über die Herabsetzung des Grundkapitals von 0,400 um 0,120 auf 0,280 Mill. durch Einziehung von Aktien Beschluß fassen.



Tarifverhandlungen in Krisenzeiten

Seit Jahren dauert nun schon die Wirtschaftskrise, unter der besonders die Ziegler sehr stark zu leiden haben. In den Ziegler-Auswanderungsgebieten Lippe, Eichsfeld und Ostdeutschlands sind die Ziegler gezwungen zu feiern, weil in den Gebieten, in denen die Wanderziegler bis zur Krise beschäftigt wurden, die einheimischen Arbeiter ihre Arbeitsplätze eingenommen haben. Unter den augenblicklichen Verhältnissen besteht noch keine Aussicht, wann die Wanderziegler wieder in den Produktionsprozess eingereiht werden. Ein jeder Arbeiter versucht, irgendwo Arbeit zu finden. Daher ist es kein Wunder, daß die Ziegeleien jetzt im Frühjahr von Arbeitsuchenden überflutet werden. Selbst unter den ungünstigsten Bedingungen wird die Arbeit angenommen. Die Tarifverhandlungen gestalten sich daher besonders schwierig.

Im Jahre 1931 konnten noch für rund 70 000 Ziegler die Arbeitsbedingungen und Löhne tariflich geregelt werden. Ob das in diesem Jahre noch möglich sein wird, kann noch nicht gesagt werden, weil einige Ziegeleibesitzerverbände sich aufgelöst haben, und daher augenblicklich ein Vertragsgegner nicht vorhanden ist. Im vorigen Jahre hatten die Ziegler noch die Hoffnung, daß in diesem Jahre die wirtschaftlichen Verhältnisse sich bessern würden. Diese Hoffnung ist getrogen, und nur wenigen ist es gelungen eine Arbeitsstelle zu erhalten. Die Belegung des Baunarktes ist ausgeblieben, und daher haben nur wenige Ziegeleien ihren Betrieb eröffnet. Infolgedessen werden auch keine Ziegler benötigt. Die Not in den Zieglerkreisen wird immer größer. Die meisten Ziegler sind in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung angesteuert. Sie sind auf die niedrige Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Die andauernden Hilferufe der Gemeinden über die drückenden Wohlfahrtslasten lassen erkennen, daß immer schärfer der Maßstab der Bedürftigkeitsprüfung bei den gestellten Anträgen angelegt wird. Wo nur ein kleines Häuschen oder etwas Land vorhanden ist, werden Reinerträge herausgerechnet, die viel zu hoch sind. Diese so errechneten Reinerträge werden auf die Unterstützungssätze angerechnet, so daß nicht viel übrig bleibt.

Alle diese Verhältnisse tragen dazu bei, daß sich die Arbeiter zu jedem Lohn zur Arbeit anbieten. In allen Industriezweigen können wir diese Beobachtung machen. Uns sind Fälle bekannt, daß sich Arbeiter 20 bis 40 Pf. unter Tariflohn zur Arbeit anbieten. Diese Not der Arbeiterschaft machen sich viele Unternehmer zunutze und stellen die Arbeiter zu diesen Löhnen ein, sie scheuen sich recht wenig um bestehende Tarifverträge. Andererseits wagen aber auch die Arbeiter nicht, den Tariflohn zu beanspruchen, aus Furcht ihre Arbeit zu verlieren. Das bei derartigen Verhältnissen die Arbeiterschaft zu Grunde gehen muß, wird jeder vernünftige Mensch einsehen, der mit 25 bis 30 Pf. Stundenlohn, bleibt nach Abzug der Soziallasten so wenig übrig, daß eine Familie davon nicht zu ernähren ist. Daß bei diesen Verhältnissen auch auf die Dauer nicht die Unternehmer bestehen können, sehen die Verantwortlichen unter ihnen ein, weil die Kaufkraft immer mehr zusammenbrumpft. Spricht man mit führenden Ziegeleibesitzern über diese unhaltbaren Zustände, so wird einem anzuwenden recht gegeben. Aber einmal sie mal den vielen kurzzeitigen Unternehmern, besonders den Ziegeleibesitzern das Verbrechen ihrer Ansicht bei, so wird einem geantwortet. Und sie fügen noch hinzu: „Wollen wir mit den Besitzern, bei denen die Arbeiter so billig arbeiten, konkurrieren, so bleibt uns nichts weiter übrig, als auch mit den Löhnen soweit herunter zu gehen.“

Daß die Gewerkschaften unter solchen Verhältnissen, alles daran setzen, um das Tarifgebäude aufrecht zu halten, um einigermaßen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln, dürfte jedem der nur etwas von gewerkschaftlichen Fragen versteht, einleuchten. Würden

die Gewerkschaften in der Jetztzeit den Tarifgedanken nicht hochhalten, und die Sache schleifen lassen, so wäre für die Zukunft der Schaden nicht abzumessen, der dadurch angerichtet würde. Daher muß unter allen Umständen die Organisation selbst wenn die Tarife nicht so sind, wie sie die Kollegen gern haben möchten, Wert darauf legen, auch in der heutigen Zeit Tarife abzuschließen in der Hoffnung, bei sich bessernder Konjunktur auf dem Bestehenden aufzubauen. Das sehen leider viele Kollegen nicht ein. Sie berücksichtigen nicht die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, schimpfen auf die Organisation, daß die Löhne so niedrig sind, und arbeiten dann trotzdem noch sehr oft unter den geltenden Tarifsätzen. Macht man aber die Kollegen auf ihr Verhalten aufmerksam, so erhält man die Antwort: „Wenn ich es nicht mache, so machen es zehn andere Kollegen.“ Gewiß, das ist schon richtig, aber dann be-

Vom unterfränkischen Ziegelgebiet

Anläßlich der Wiedereröffnung der Ziegeleibetriebe haben die Arbeitgeber der unterfränkischen Ziegeleien geglaubt, die Arbeitslosigkeit und Notlage der Ziegler wäre dazu angeht, nach Willkür die Stundenlöhne festsetzen zu können. Alle Mienen ließen sie springen, die Organisation wurde verleumdet und gesagt, dem Lohnabbau sei in freier Vereinbarung zugestimmt worden. Die Ziegeleibesitzer taten auch so, als hätten sie soziales Gefühl und Mitleid, indem sie den Ziegler erklärten: Wenn billiger gearbeitet wird, dann kann mindestens 1/2 Jahr der Betrieb gehen und dann habt ihr wieder Anspruch auf Unterstützung, damit ist wieder für ein Jahr gesorgt.

Ein solch besorgter Arbeitgeber ist Herr Häufiler in Heidingsfeld, der versuchte, die ganze Produktion seiner Backsteine an die Arbeiterschaft im Akkord zu vergeben, und zwar soll für jede Gruppe ein Kolonnenführer die gesamte Verantwortung für die Arbeit sowie Einstellung, Entlassung und Auszahlung der Löhne übernehmen. Selbstverständlich wird nur das Fertigprodukt bezahlt, für Defekte an Maschinen, Mangel an Material wird nichts bezahlt. Besondere Lieblinge sind die Grubenarbeiter, welche Wochenlohn bekommen und dafür aber auch Überstunden ohne Vergütung leisten dürfen, besonders dürfen sie auch die Wochenfeiertage nachholen. Damit sie ja nicht zuviel und nichts umsonst bezahlt bekommen, arbeiten sie auch ohne Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften, indem sie unterhöhlen und den Lehm mit Keilen und Eisenstangen wässern. Häufiler zu solchen Gedankenspielen kommt und auch teilweise zur Ausführung brachte, ist nicht verwunderlich, da er in diesem Betriebe auch RGO-Leute. Diese sagten früher immer über die Organisation: „Ihre Folge, sie waren ihnen nicht notwendig. Jetzt tragen sie aber durch die Not, die sie bei, daß sie untariflich arbeiten und daß sie auch keinen Betriebsrat mehr haben, der die Rechte der Arbeiter vertritt.“

so war es möglich, daß der Arbeitgeber zu seinem Ziel kommen konnte. Er, als ehemaliger Lehrer, bot seine ganze pädagogische Kunst auf die Arbeiter davon zu überzeugen, daß er ein arbeiterfreundliches Herz hat und daß er sich nach dieser anstrengenden und nutzbringenden Geistesarbeit jetzt körperlich in seinem Jagdrevier erholen kann.

Früher war dieser Betrieb hundertprozentig organisiert, und mancher harte Kampf mußte ausgetrieben werden. Jetzt ist das anders. Erfreulich ist aber doch, daß besonders die Frauen sich nicht ohne weiteres den Maßnahmen fügen, indem sie versuchten, ihr tarifliches Recht so weit wie möglich zu verteidigen. Sie geben den Männern insofern ein Beispiel, indem sie sich wieder organisieren und mitkämpfen. Die Frauen haben ja nebenbei noch die Hausorgen und wissen es zu

steht keine Berechtigung, die Organisation dafür verantwortlich zu machen.

Wie ein Ertrinkender nach einem Strohhalm greift, so nehmen die Kollegen die schon Jahre arbeitslos sind, jede Arbeit an, um wenn auch nur notdürftig für ihre Familie den Lebensunterhalt zu verdienen. Aber der Verdienst langt nicht zum Notwendigsten. Er langt weder zur Ernährung, noch zur Bekleidung und zum Wohnen. Der Arbeiter verzweifelt an der Gesellschaftsordnung, und nur zu leicht werden diese Kollegen ein Opfer rechts- oder linksradikaler Strömung in der Hoffnung, das Steuer der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herum werfen zu können. Daß die Links- und Rechtsradikalen ihre Versprechungen nicht einlösen können, die sie allen Bevölkerungsschichten geben, tritt immer mehr in Erscheinung.

Für alle diejenigen, die sich jetzt schon zu dieser Erkenntnis durchgerungen haben, gilt es, Aufklärungs- und Organisationsarbeit zu leisten, im Interesse der Kollegen.

Konrad Potthast, Detmold.

schätzen, daß die Organisation für möglichstste Hochhaltung des Lohnes sorgt.

Frauen, zeigt den Männern den Weg, welcher zu begehren ist.

Es gibt auch noch einen Betrieb in Leberhaahn bei Neustadt a. S., dort ist dem Besitzer die Organisation ein Dorn im Auge, denn dort wird kein Verbandsmitglied geduldet, weil er den Tariflohn verlangen und auch herausklagen könnte, was schon vorgekommen ist. Dort kam es vor, daß Arbeiter dem Arbeitgeber den sauer verdienten untertariflichen Lohn kreditierten, und es soll sogar einige geben, die noch auf Bezahlung des kreditierten Lohnes vergeblich warten. Bedauerlich ist es, daß es noch Arbeiter gibt, welche zu dieser Firma gehen und für 30-40 Pf. arbeiten, dann aber, wenn sie ihren Lohn nicht erhalten, zur Zahlstelle gehen und dort betteln, für sie zu klagen, weil sie jetzt erst erkennen, daß sie sich selbst geschädigt haben. Sie merken das gewöhnlich an der geringeren Arbeitslosenunterstützung.

In manchen Ziegeleien zeigt sich auch die Auswirkung der letzten Wahlen. In Schweinfurt wurde Arbeiter beim Fragen nach Arbeit erklärt: Geht zu Hindenburg, der soll euch Arbeit geben. Wenn ihr Hitler gewählt hättet, dann gäbe es Arbeit in Hülle und Fülle. Wie die Arbeit in Hülle und Fülle gedacht ist, trat nach der Reichstagsauflösung in Erscheinung; denn es hieß: Wartet nur, jetzt kommt die Zwangsarbeit, da werden wir euch das Arbeiten lehren, ihr Bonzenfreunde. Hoffentlich wird dann auch den Ziegeleibesitzern bei der Zwangsarbeit das Arbeiten gelehrt.

Die Ziegeleiarbeiter lassen sich aber nicht einschüchtern, sie wissen, daß der Verband für sie sorgt, wenn sie ihm auch ein Stütze sind und durch ihren Beitritt so stark machen, daß er mit vereinter Kraft allen Anschlägen der Unternehmer trotzen kann. M. K.

Frechen

Die Arbeitgeber der Frechener Steinzeugröhren Industrie hatten den Gewerkschaften den Rahmenvertrag und den Lehtarifvertrag gekündigt. Die Bemühungen der Gewerkschaften, in freien Verhandlungen zu einem Abschluß zu gelangen, scheiterten, da die Arbeitgeber unter allen Umständen erhebliche Verlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchführen wollten. Die am 2. Juni am Schlichtungsausschuß geführten Verhandlungen führten nach stundenlangen Verhandlungen zu folgendem Schiedsspruch:

Schiedsspruch.

Bis zum Ende der laufenden Lohnwoche gilt grundsätzlich der zum 30. April 1932 gekündigte Lohnvertrag mit der Maßgabe, daß gegenseitige Nach- bzw. Rückforderungen aus dem Tarifvertrag für den Monat Mai nicht bestehen.

1. Von Beginn der kommenden Lohnwoche (2. 6. 32) wird ein neuer Lohnvertrag in Kraft gesetzt, der folgende Spitzenlöhne für die verschiedenen Arbeitergruppen vorsieht:

Stundenlöhne für Akkordarbeiter:

Vollarbeiter über 20 Jahre 0,65 RM
Die übrigen Altersgruppen entsprechend ihrem bisherigen Anteil am Spitzenlohn.

Stundenlöhne für ständig im Tagelohn beschäftigte Arbeiter:

Vollarbeiter über 20 Jahre 0,73 RM
Die übrigen Altersgruppen entsprechend.

Arbeiterinnen über 18 Jahre 0,42 RM
Die übrigen Altersgruppen entsprechend.

- Für die Firma Wienecke in Porz gelten in Anbetracht der schwierigen Transportlage obige Löhne minus 1 Pfg.
- Der Stundenlohn für Handwerker (keine Hilfsarbeiter) über 20 Jahre beträgt 0,92 RM.
- Der Stundenlohn für Brenner wird betriebsweise geregelt.
- Die soziale Zulage beträgt pro geleisteten Arbeitstag für die Frau und jedes Kind bis zu Verlassen der Volksschule 0,10 RM.
- Dieser Lohnvertrag kann mit Monatsfrist, erstmalig zum 31. August 1932 gekündigt werden.

II.

- Der für die Frechener Betriebe bis zum 31. Oktober 1932 geltende Rahmenvertrag wird darüber hinaus bis zum 31. Dezember 1932 verlängert.
- Obiger Rahmenvertrag gilt ab 1. Mai 1932 auch für die Firma Wienecke in Porz.
- Als Notmaßnahme für das Jahr 1932 ist der nach den Ferienbestimmungen zu gewährenden Urlaub mit 2/3 des zu errechnenden Betrages abzugelten.
- Wird der Rahmenvertrag nicht mit Monatsfrist zum 31. Dezember 1932 gekündigt, dann läuft er um je 3 Monate weiter bei gleicher Kündigungsfrist.
- Erklärungsfrist bis Mittwoch, den 8. Juni 1932, mittags 12 Uhr, gegenüber dem Schlichtungsausschuß Köln.

gez.: Zurnieden.

Die Arbeiterschaft hat am 6. Juni in einer gut besuchten Versammlung zu dem Schiedsspruch Stellung genommen und nach einer dreistündigen scharfen Aussprache die Gewerkschaften beauftragt, dem Schlichtungsausschuß, die Zustimmung zu dem Schiedsspruch mitzuteilen. Ueber einige Fragen soll nochmals mit den Arbeitgebern betrieblich verhandelt werden. P. Hertwig.

Geschäftslage

Die angegebenen Handelskammern berichten über die Lage der Baustoffindustrie in folgender Weise:

In der Zementindustrie ist teilweise eine saisonmäßige Belegung erfolgt. Allerdings ist der Versand des gleichen Monats des Vorjahres nicht erreicht worden. In der Ziegelindustrie sind die Betriebe nur teilweise zügernd und mit reichlicher Verspätung in Gang gebracht worden. Vor kurzer Zeit war zwar eine vorübergehende Nachfrage festzustellen, die aber aus den vorhandenen großen Beständen und zu abgelenkten Preisen befriedigt wurde. Von der Geschäftslosigkeit wurden alle Teile der Ziegelindustrie erfaßt. Der Bedarf an Massen- und Qualitätsware ist gleich gering. (Berlin, Zweckverband Bochum, Dortmund, Essen, Münster, Kottbus, Oppeln.) In württembergischen Gips- und Gips-erzeugnissen ist der Geschäftsgang durchaus unbefriedigend. Der Industriebau liegt nahezu vollständig dauteder, an öffentlichen Bauten kamen nur einige wenige zur Vergebung. Der Privatbau ist äußerst gering, der öffentliche Wohnungsbau ist eingestellt, es werden nur kleine Einfamilienhäuser ausgeführt. Die Preise sind äußerst gedrückt infolge der starken Unterbietungen. (Württ. Industrie- und Handelskammertag.)

Stärkt weiter den Verband!

Eine Anzahl Zahlstellen konnte sehr gute Erfolge von ihrer Werbetätigkeit bekanntgeben. Das ist ein erfreuliches Zeichen in einer Zeit schwerster Bedrängnis und ein Beweis dafür, daß sich Agitieren lohnt. Es gibt immer noch Arbeiter und Arbeiterinnen, die unvorhergesehen, die aufgemuntert und aufgefordert sein wollen zu Solidaritätshandlungen, zum Beitritt in den Verband. Dieser Aufgabe müssen sich die Zahlstellenverwaltungen unterziehen. Sie lohnt sich. Unsere Zahlstelle Straubing liefert den Beweis dazu. Eine von ihr durchgeführte Hausagitation vom 23. Mai bis zum 5. Juni 1932 hatte zum Ergebnis, daß 3 Neuaufnahmen gemacht und 42 Mitglieder zum Weiterzahlen veranlaßt werden konnten. Unsere Zahlstelle Köln konnte im April von 62 und im Mai von der Aufnahme 70 neuer Mitglieder berichten, und hofft, daß der Juni noch mehr bringen wird, da alle Funktionäre sich vorgenommen haben, die Werbearbeit zu verstärken. Die Werbefunktionäre nahmen sich zum Motto: „Immer etwas besser machen.“ Solche Nachrichten sind erfreulich. Nachahmen! Nachahmen! Werbemöglichkeiten sind vorhanden.

Es besteht neben der Neugewinnung von Mitgliedern sonach auch die Notwendigkeit, Verbandskollegen zum Weiterzahlen zu veranlassen. Da dürfen Zahlstellenverwaltungen nicht säumig sein. Die Verhältnisse zwingen dazu, daß die Arbeiter ihre Organisationsmacht in den freien Gewerkschaften festigen, deshalb weiter werben! Unermüdlich das Band der Zusammengehörigkeit enger knüpfen. Wer heute noch Arbeit hat, muß organisiert sein. Das ist Arbeiter- und Menschenpflicht!

Ein Beispiel zur Agitation

Werbearbeit leisten, gehört gegenwärtig zu unseren wichtigsten Pflichten als Funktionäre. Beispiele dafür, wie man agitieren soll, gibt es zur Genüge, nur kann man nicht an jedem Ort die gleichen Methoden anwenden. Man muß ausprobieren, mit welchen Mitteln man die besten und dauerhaftesten Erfolge erzielt.

Wie zum Beispiel unsere Zahlstelle Köln mit Flugblättern wirbt, dafür eine Probe. In einem hektographierten Flugblatt stellt sie nach einer kurzen Einleitung von zehn Zeilen fest, was die Organisation bei ihrer Tätigkeit am Arbeitsgericht vom 1. Januar bis 31. März 1932 für die Arbeiter mit dem Rechtsschutz des Verbandes an zu wenig gezahlten Löhnen herausziehen konnte.

Sie führt darauf die Tatsachen auf. Beklagte Firmen mußten bezahlen:

Bürogeschäft Crämer	26,00 RM
Wachskerzenfabrik Menden	73,00 "
Wachskerzenfabrik Menden	19,20 "
Kalkmanns Kaffee	141,15 "
Wegelin, Rußfabrik	83,34 "
Wegelin, Rußfabrik	105,39 "
Wachskerzenfabrik Menden	129,16 "
Wachskerzenfabrik Menden	68,92 "
Friedrichs	400,00 "
Wäscherei Sievers	185,80 "
Grathwohl	796,00 "
Gesamt	1997,96 RM

In Entlassungsfällen und bei Lohn Differenzen wurden erreicht:

Von 161 ausgesprochenen Entlassungen wurden 68 zurückgenommen. Durch unser Eingreifen bei beabsichtigten Akkordreduzierungen und Prämienabzügen haben wir durchgesetzt, daß wir für 1800 Arbeiter und Arbeiterinnen die Abzüge verhindern konnten. Der gesamte Betrag der dadurch der Arbeiterschaft weitergezahlt wird, beträgt für das I. Quartal 35 000 RM.

In sieben Zeilen Schlußtext wird dann gesagt, daß unser Verband so erfolgreich für die Arbeiter und Arbeiterinnen eintritt.

Das sind einfache, schlichte Taten zum Wohle der Arbeiter und stellen doch etwas ganz anderes dar als die Versprechungen der Nazis und der RGO. Diese reden und versprechen, die Gewerkschaften handeln.

So nutzt unsere Zahlstelle Köln die Werbemöglichkeiten aus. Das ist aber nur ein Beispiel. Viele gibt es, die nachgeahmt werden können.

„Das hat doch keinen Wert...“

Das ist die Antwort, die man so oft zu hören bekommt, wenn man versucht, unorganisierte Kollegen dem Verband zu gewinnen. Es ist ja leicht, diese Ansicht zu widerlegen, schwerer jedoch, die betreffenden Kollegen davon zu überzeugen, wie notwendig gerade heute die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft für den Schaffenden ist. Was für den klassenbewußten Arbeiter eine Selbstverständlichkeit ist, bedeutet dem Gleichgültigen ein Opfer. Und darin liegt nicht selten der Grund zur ablehnenden Haltung der Organisation gegenüber. Krasser Egoismus ist oft die Triebfeder solchen Handelns. Um die paar Mark für die Beiträge zu sparen, sagt der Unorganisierte: „Das hat doch keinen Wert“, deshalb er sich abseits von den Reihen derjenigen, die als zahlende Mitglieder in ihrer Organisation für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg des Proletariats kämpfen. Solch ein Kollege vergißt, daß Solidarität über die erste Pflicht des Werktätigen sein muß, und daß der, welcher sich dieser Pflicht entzieht, Verachtung verdient.

Wir Organisierten sind uns also klar darüber, daß im Augenblick nicht daran zu denken ist, durch gewerkschaftliche Aktionen Lohn-erhöhungen oder sonstige Zugeständnisse von den Arbeitgebern zu erzwingen. Und wir sind

uns bewußt, daß wir noch heute unseren Austritt aus der Gewerkschaft erklären müßten, wäre die Erreichung nur materieller Vorteile das alleinige Motiv unserer Mitgliedschaft. Wenn wir es nicht tun, so aus der Erkenntnis heraus, daß wir in dem Moment, wo wir ohne Gewerkschaft wären, nicht nur nichts mehr gewinnen, sondern alles das verlieren würden, was wir uns an Rechten und Ansprüchen bisher mühsam in jahrelanger Arbeit erkämpft haben.

Das muß festgehalten werden, heute mehr denn je, denn die ungeheuerlichen Raubzüge auf die Taschen der Werktätigen, die seitens der kapitalistischen Unternehmer immer wieder versucht werden, können nur an der organisierten Masse zuschanden werden. Wenn wir uns auf uns selbst verlassen, als einzelne, sind wir auf Gnade und Ungnade dem Unternehmer ausgeliefert. Was das heißt, weiß jeder Werktätige, der offenen Blicks um sich schaut, aus vielen Beispielen. Und wenn die Unorganisierten unter uns hiervon auch wenig verspüren, so doch nur deshalb, weil sie ohne Gesicht zu haben, die Früchte der Arbeit anderer ernten. Weil sie ohne jede aktive Anteilnahme als Schmarotzer die von der Gewerkschaft erzielten Erfolge mitgenießen. Wäre es so, daß Nichtorganisierte nach eigenem Ermessen der Untertöner und Betriebsdirektoren entlohnt würden, daß besondere Abmachungen hinsichtlich der Arbeitszeit, der Urlaubsgewährung usw. für sie geschaffen werden könnten, so würden sie bald von selbst zur Gewerkschaft kommen und einsehen, daß es doch einen Wert hat, organisiert zu sein. Stoeg.

Kassel, Generalversammlung

Am 5. Juni tagte im Gewerkschaftshaus in Kassel die Generalversammlung unseres Verbandes. Es galt Rückschau zu halten über das verfllossene Geschäftsjahr und Stellung zu nehmen zu den Aufgaben des Verbandes. Den Geschäftsbericht erstattete der Geschäftsführer, Kollege Paul Schneider. Er leitete seinen Geschäftsbericht mit einer kurzen Uebersicht über die politische Lage ein.

Der Geschäftsbericht zeigte, daß die Arbeit der Organisation trotz der Wirtschaftskrise nicht geringer geworden ist. Weit über 20 000 RM sind für die Kollegen für die Arbeitslosenversicherung durch Eingreifen der Zahlstelle gerettet worden. In Verbindung damit besprach Schneider einige besonders krasse Fälle aus der Arbeitslosenversicherung. Soweit die Leistungen des Verbandes in Betracht kommen, so sind allein in unserer Zahlstelle von den geleisteten Beiträgen über 40 000 RM wieder an die Kollegen zurückgeflossen, davon allein 10 000 RM an Invalidenunterstützung. Erfreulich ist, daß in jedem Quartal eine anschauliche Zahl Neuaufnahmen gemacht werden konnten. So gelang es einem Kollegen, dem Ver-

bande 10 neue Kollegen zuzuführen, wofür er vom Hauptvorstand mit einer Buchprämie bedacht wurde. Schneider schloß mit einem Appell zur Nachahmung und zur weiteren Arbeit für den Verband.

Im Anschluß hieran sprach der Gauleiter Kollege Bruno-Frankfurt a. M. über die Notmaßnahmen des Verbandes.

Schon lange haben die Kapitalisten den Wunsch, den Zusammenbruch der Gewerkschaften herbeizuführen, um billige Arbeitskräfte zu bekommen. Lediglich deswegen finanzieren sie die Hitler-Bewegung. Sie wissen genau, daß diese Bewegung der Pfahl im Fleische der gesamten Arbeiterbewegung ist. Der tariflose Zustand in einigen Gegenden, und zwar dort, wo die politischen Extremisten ihr Unwesen treiben, hat Schule gemacht. Dort, wo die Organisation ausgeschaltet ist, ist nicht nur die Bezahlung, sondern auch die Behandlung der Kollegen schlecht. Der Wunsch der Kapitalisten, die Gewerkschaften zugrunde zu richten, ist bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen und wird auch nicht gelingen. Allerdings sind die Ausgaben der Gewerkschaften und so auch die unserer Gewerkschaft gestiegen. Man denke nur an die Erwerbslosenunterstützung, für die im Jahre 1931 7,626 Millionen RM ausgegeben wurde. Und die Invalidenunterstützung stieg von 1,184 Millionen RM im Jahre 1930 auf 1,931 Millionen RM im Jahre 1931. Das Gerede der Feinde der freien Gewerkschaften, daß jede Lohnsenkung stillschweigend hingenommen wurde, wird am besten dadurch Lügen gestraft, daß im Jahre 1930 250 000 und im Jahre 1931 640 000 RM für die Streikunterstützung verausgabt wurden. Die Verhältnisse erfordern es aber, Ersparnisse auf allen Gebieten zu machen, und zwar nicht nur sachlich, sondern auch soweit die einzelnen Unterstützungsarten in Betracht kommen. Es muß unter allen Umständen vorgebeugt werden, um die Organisation über die gegenwärtige Krise hinwegzubringen, die wahre Arbeitskraft muß geschützt werden, wir dürfen nicht wieder Ähnliches erleben wie nach der Inflation. Und das ist nur möglich, wenn wir uns finanziell nicht entblößen. Von dieser Ansicht ließ sich der Vorstand und der Beirat bei der Senkung der Ausgaben auf allen Gebieten leiten. Kollege Bruno ging dann noch auf die Beschlüsse des Beirats ein, in denen gegen die Verschlechterung der Sozialgesetzgebung und gegen die verkehrte Zollpolitik der damaligen Regierung Brüning Stellung genommen wird. Die Regierung Brüning ist aber gestürzt worden, weil sie den Kapitalisten nicht paßte. Welche Stellung die jetzige Regierung zu den Beschlüssen des Beirats einnehmen wird, darüber besteht durchaus kein Zweifel. Die Gewerkschaften werden auch damit fertig werden, und das um so leichter, als wir jetzt endlich vom Alldruck der Toleration befreit sind. Jetzt beginnt für uns der frisch-fröhliche Kampf.

Beide Referate, an die sich eine kurze Aussprache anschloß, fanden lebhaften Beifall.

Nachdem dem Geschäftsführer Entlassung erteilt war, fand sowohl die Wahl des engeren als auch des erweiterten Vorstandes per Akklamation statt.

Zum Schluß wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 5. Juni 1932 im Gewerkschaftshaus tagende Generalversammlung der Zahlstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter stellt sich einmütig hinter die Beschlüsse des Vorstandes und Verbandsausschusses bezüglich der Notmaßnahmen des Verbandes. Die Generalversammlungsdelegierten hoffen und wünschen, daß mit diesen Maßnahmen das Schiff des Verbandes allen Stürmen der gegenwärtigen Krise trotzen möge.“

Die Delegierten gebeten, alle Kräfte daran zu setzen, die noch unorganisierten Kollegen dem Verbande zuzuführen in der Erkenntnis, daß in der Geschlossenheit der Arbeiterschaft die Kraft liegt, zur Abwehr aller Machenschaften der Reaktion.“

Schriften und Bücher

Das Juni-Heft der Monatszeitschrift „Die Bücherliste“ enthält wieder interessante Beiträge und Abhandlungen. Eine Erzählung von Curt Alving und eine kleine Skizze des nordischen Dichters Alexander Svanen passen sich mit ihrem sommerlichen Charakter ganz der Jahreszeit an. Das Monatsorgan der Bücherliste Gutenberg geht an Mitgliedern dieser Gemeinschaft wertvolle Buchbesprechungen, die sich auch in der gegenwärtigen Zeit durch immer größere Leistungsfähigkeit auszeichnen, kostenfrei zu.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a, in Verbindung mit § 11 Ziffer 5 des Statuts, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Foreheim, Johann Götz, Buchnr. 265 843; auf Grund des § 14 Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts, die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Wittenberg b. Halle: Reinhold Böhme, Buchnr. 11 254; Paul Hamprecht, Buchnr. 1094 630; Kiel: Georg Kunze, Buchnr. S. II. 730 673; Karl Henschel, Buchnr. 1059 633; — Brandenburg a. Havel: Hermann Bielecke, Buchnr. 1031 016.

Arbeitsmarkt

Tüchtiger Glasmacher für Bleiglas und Ueberfang, gut eingerichtet auf Römer, Vasen und Schalen, sucht baldmöglichst Arbeit. Angebote erbeten an Paul Lehmann, Hirschberg i. Rsgb., Sand 15a.

Tüchtiger, nüchtern und zuverlässiger Glasschmelzer sucht Stellung für Ueberfang, Blei- und Farbleiglas. Eigene Zusammenstellung. Angebote an die Zahlstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter, Weißwasser O.-L., 36rlitzer Str. 45.



„Die Jugend will ja nicht arbeiten...“

So und ähnlich predigen es auch heute noch viele unserer Gegner in ihren Versammlungen. Auch kürzlich in einer Nazi-Versammlung, als ein junger Mensch in der Diskussion die Not der erwerbslosen Jugend schilderte, tat ein Zuhörer die Aeußerung: Große, berechnete Empörung lösen derartige Aussprüche in uns arbeitslosen Jugendlichen aus. Der Sprecher, der vielleicht in guter Stellung sitzt, sollte doch lieber versuchen, sich in die seelischen Leiden und Gedankengänge der Arbeitslosen einzufühlen. Wenn es auch einige Jugendliche gibt, die sich auf die Unterstützung verlassen und sich vor der Arbeit drücken wollen, dann darf man aber nicht die große Masse der Jugendlichen, die nach der Lehrzeit auf die Straße gesetzt werden, auch mit einem „Sie wollen ja nicht arbeiten“ beurteilen.

In diesem Zusammenhang sei ein Beispiel, von denen es jetzt aber Millionen gibt, angeführt.

In einer Familie mit drei schulpflichtigen Kindern ist der Vater arbeitslos, der Sohn, der kaum seine Lehrzeit beendet hat, steht noch an seiner Arbeitsstelle und muß mit für den Haushalt, für seine Eltern und Geschwister sorgen. Doch nur wenige Wochen kann sich der junge Geselle seines Lohnes erfreuen, der zwar sauer verdient werden mußte, wenig war, aber über die schlimmste Not in der Familie hinweghalf. Ein neuer Lehrling wird eingestellt und der junge Geselle entlassen. Das war der Dank für die Arbeit der vierjährigen Lehrzeit für ein geringes Taschengeld. Während der Lehrzeit ließ es wahrlich sein vom national-ökonomischen Geiste besessener Meister nicht an Schikanen fehlen. Der Lehrling wollte sich in seiner Gewerkschaft organisieren, das konnte aber der Meister erfolgreich hintertreiben. Eine geregelte Arbeitszeit gab es für den Lehrling nicht, er mußte sogar Sonntags oft für seinen Meister schuften. Und jetzt, wo er als Geselle ein paar Mark Geld verdienen konnte, wurde er einfach auf die Straße geschmissen.

Hervorgehoben durch die wirtschaftliche Not gab es in der Familie täglich Streit und Verdrub. Schon am frühen Morgen, wenn Vater und Sohn, die zum Feiern gezwungen waren, noch im Bett lagen, entfuhr der Mutter, oft ohne das sie es wollte, Worte über die „Faulenzerei“. Der Vater, schon länger arbeitslos, ist abgestumpft. Aber auf den jungen Arbeiter wirkten die Worte der Mutter ver-

nichtend. Das Elternhaus entfremdete sich ihm. Bald konnte er es nicht mehr mit ansehen, wie die Mutter tagtäglich das Essen und all das zum Leben Notwendige für wenig Geld herbeischaffen sollte. Nachdem er sich immer wieder nach Arbeit umgesehen hatte, leider vergebens, lebte in ihm eine neue Hoffnung auf. Hinaus in die Fremde! Die Sienesachen waren schnell gepackt. Der Abschied kam. Der Mutter krampfte sich das Herz zusammen, als ihr Sohn in aller Frühe hinaus zog, ungewiß wohin. Alle ihre bitteren Worte, die sie, zermürbt von Not und Sorge, ihrem Jungen entgegengeschleudert hatte, ließen ihr keine Ruhe. Der junge Mensch fühlte sich aber glücklich, er schwenkte zum Abschied den Hut. Ihn hatte die Wanderlust ganz in Bann.

Doch schon in wenigen Tagen spürte der Unbemittelte, daß Not und Elend überall zu Hause ist. Arbeit findet er nirgends. Betteln und immer wieder betteln und in verlaunten Kundenherbergen schlafen macht ihn moralisch kaputt. Seine Kleidung besteht nach langem Herumziehen nur noch aus Lumpen. So sinkt er langsam herab zu einem Menschen zweiter Klasse, einem Bettler, den man mißtrauisch gegenübertritt, zu einem Außenseiter.

Fortführung der Jugendarbeit

Gewerkschaftliche Jugendarbeit ist heute selbstverständlich. In allen Organisationen werden Lehrlinge und jugendliche Arbeiter organisiert, in Jugendabteilungen zusammengefaßt und hier zu tüchtigen Berufskollegen, guten Gewerkschaftern und Sozialisten herangebildet. Die ersten Schwierigkeiten dieser Jugendarbeit sind überwunden. Es klappt in den Jugendabteilungen, wenn auch das in der Jugendarbeit übliche Auf und Ab in den Gruppen die Jugendarbeit mal besser und mal schlechter erscheinen läßt. Durch die Jugendarbeit in den Gewerkschaften finden die jungen Menschen, das kann die freie Gewerkschaftsbewegung mit Stolz büchen, Schutz vor Ausbeutung und schlechter Behandlung. Besserstellung ihrer Lehr- und Arbeitsbedingungen, zugleich aber auch Stätten geselligen Beisammenseins und der Ausbildung.

Was wird aber mit denen, die die Jugendabteilungen verlassen? Sind sie in der Bewegung weiterhin aktiv tätig? Reiben sie sich in die Front der erwachsenen Gewerkschafter ein? Werden sie die Streiter für die Sache, die sie sein sollen? Sollen wir endlich:

der menschlichen Gesellschaft. Nach Hause will er aber unter keinen Umständen gehen; auch nicht schreiben. Seine Eltern sollen nicht wissen, wie elend es ihm geht. Endlich, als er es nicht mehr aushalten kann, entschließt er sich, Verwandte aufzusuchen, die sich seiner annahmen, und den Heruntergekommenen wieder etwas in Ordnung brächten. Der junge Mensch, einer von vielen tausenden, die aus Not und Elend in der Welt umherirren, wurde so vor dem größten Unheil bewahrt. Wie viele seiner Schicksalsgenossen aber hatten niemand mehr, der sich ihrer annahm? Selbstmorde und viele Verbrechen, geboren aus der wirtschaftlichen Not der erwerbslosen Jugend sind an der Tagesordnung. Und man kann es kaum fassen, daß sich dann noch Leute vor der Öffentlichkeit mit solchen Behauptungen hinstellen:

„Die Jugend will ja nicht arbeiten.“ Unsere Antwort darauf ist: „Die Jugend will arbeiten.“ Und wir in den freien Gewerkschaften sowie die gesamte Arbeiterschaft werden Mittel und Wege finden, um endlich aus der Krise herauszukommen, und um in erster Linie auch Arbeit für die arbeitslosen Jugend zu schaffen, damit sie nicht mehr Not und Elend leidet und womöglich auf der Landstraße verkommt. — F.

In fast allen Organisationen fehlen die 18- bis 25jährigen als Mitkämpfer, sie sind nicht Schrittmacher, sie sind Mitläufer, die zwar ihre Beitragspflicht gegenüber der Organisation erfüllen, die aber nicht mit der inneren Begeisterung für unsere Sache ausgerüstet sind der Bewegung zur Verfügung halten. Sie fehlen oft in den Versammlungen der Gewerkschaften, sie fehlen bei der Kleinarbeit. Sollte es nur Unlust sein, die die junge Generation abhält, gerade in den Gewerkschaften nicht mitzutun? Sollten es Mädel sein, der Tanzboden, die Arbeitslosigkeit oder die Unmöglichkeit, Funktionen in der Bewegung zu erhalten, da die jungen Menschen nicht im Betrieb sind, oder fehlt in unserer Bewegung nicht doch noch ein Brückenpfeiler in der Verbindung von jung und alt im Zusammenwirken? Sind wir nicht verpflichtet, noch an eine Fortführung der Jugendarbeit zu denken, um die durch die Arbeitslosigkeit von Betriebsfunktionen ausgeschalteten und durch die Krise menschlich bedrückten jüngeren Gewerkschafter immer mit der Bewegung zu verbinden? Dies ist eine Sache, wert besprochen zu werden.

Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bohrer / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(18. Fortsetzung)

„Himmel, was bin ich für ein Schmutzfräßer! Entschuldigen Sie mich, Mrs. Dacre, ich muß sofort ins Bad schlüpfen.“

„Bitte“, erwiderte Helen kühl. „Ich wollte ohnehin gehen. Mein Besuch bezweckte ja nur, Ihnen, Mary Maud, Anthonys Grüße auszusprechen. Auf Wiedersehen!“

Als Miss Meadows, die ihren Gast bis zur Tür geleitet hatte, ins Wohnzimmer zurückkehrte, hockte Joan trübselig am Feuer. Also seiner Frau konnte er Nachricht geben! Und ganz plötzlich kam ihr zum Bewußtsein, wie müde sie war.

„Kind, Sie sind ja am Zusammenbrechen!“ ängstigte sich Mary Maud. „Wollen Sie nicht vor dem Bad einen Bissen essen?“

„Unmöglich, alles klebt an mir — erst die Wanne, O Gott!“ — es klingelte — „noch ein Besuch für Sie! Ich muß das Badezimmer erreichen, ehe man meiner ansichtig wird.“

Doch bevor sie entschlüpfen konnte, öffnete sich die Tür.

„Anthony! Wo kommen Sie her? Was haben Sie angestellt?“ Die Fragen sprudelte Mary Maud hervor, denn Joan war stumm vor Glückseligkeit in ihren Sessel zurückgefallen.

„Geschuftet habe ich!“ klang es fröhlich zurück. Er sah noch verwahrloster aus als Joan. Lauge Bartstoppeln, Schmutz und Oelflecke brachte er mit.

Mary Maud lachte.

„Jetzt weiß ich nicht, wem von euch ich den ersten Preis für Schmutz zuerteilen soll! Tuobelt aus, wer zuerst badet. Ich werde mich mal um die Küche kümmern.“ Und fort war sie.

Dacre griff nach Jeans Hand.

„Ist hier alles gut gegangen, Sie müdes Vögelchen?“

„So ziemlich. Ich erzähle nachher. Wie steht's im Norden?“

„Prächtig. Oh Joan, es tut mir weh, Sie so abgehetzt zu sehen!“ Dann ließ die gänzliche Erschöpfung sekundelang die Schranken fallen. Dacre zog sie in seine Arme, und sie fühlte erbebend sein unraustertes Gesicht an ihrer Wange.

„Verzeihung!“ murmelte er, als er sie freigab. Aber Joan flog, als wären ihr Flügel gewachsen, in das Badezimmer. Alle Müdigkeit war wie fortgeblasen.

„Völker, hört die Signale. Auf, zum letzten Gefecht!“

Klang es fröhlich an Mary Mauds Ohr, als sie in der Küche Anthony einen Whisky-Sodamischele.

Eine halbe Stunde saßen alle drei im Esszimmer und taten sich gültlich an Susannas Geschmortem und Gebratenem.

„Wenn die Führer doch ihrer Gefolgschaft würdig wären!“ rief Dacre, nachdem Joan mit ein paar scharfen Worten die Schwerfälligkeit der Ausschüsse gegeißelt hatte. „Ich sah noch nie etwas so Imponierendes wie die Bewegung im Norden. In York benötigt man keine Hilfe. Dort haben die Eisenbahner die Leitung übernommen, und da sie gewohnt sind, mit einem so komplizierten Gebilde wie dem Yorker Kioschbahnhof fertig zu werden, ist die Organisation der Stadt für sie ein Kinderspiel gewesen. Aber auch in den anderen großen Städten läuft alles wie am Schnürchen. Warum untersagt man übrigens einigen Gewerkschaften die Teilnahme am Streik, Joan?“

„Schonung der Streikkasse. Es ist sinnlos, Betriebe einzustellen, bei denen sich dies nicht auswirkt.“

„Dann hätte man doch aber wenigstens die Elektrizitätswerke stilllegen sollen. Das trifft die Bourgeois am schnellsten.“

„Vergessen Sie nicht, daß Sie selbst einer sind.“ murmelte Mary Maud.

„Augenblicklich rechne ich mich zu den Streikenden.“ lachelte Anthony Dacre und fuhr dann in seinem Bericht fort: „Nach den großen Städten und der Bergwerksregion blühte es uns gut, uns auch über die kleineren Orte zu orientieren.“

„Was? Wer ist uns?“ unterbrach ihn Joan.

„Oh, erwähnte ich das noch nicht? Von Newcastle nahm ich außer einem Transportarbeiter auch Tom Copshaw mit.“

„Doch nicht etwa den Kommunisten Open-shaw?“ rief Mary Maud entsetzt.

„Denselben. Er kennt Sie übrigens, Joan.“

„Ja, ja, auch. Hat er Sie zum Kommunisten gemacht? Er gilt als gefährlicher Verbrecher!“

„Dazu vermag ich wohl zu wenig von der Arbeiterbewegung. Inzwischen scheint mir seine Auffassung von der sogenannten Bedrohung der Konstitution der Log nicht zu entsprechen. Wenn eine Konstitution“ — sagte er — „bedeutet, daß Bergleute unter Tage für zwei Pfenne wochenlang arbeiten, dann taugt sie nichts und ist wert, umgestoßen zu werden.“

„Hat er nicht recht, Joan?“

„Es ist leicht, logisch zu sein, wenn man nicht für Millionen Menschen die Verantwortung trägt.“ gab sie zur Antwort. „Erzählen Sie weiter. Hören Sie in den kleinen Städten Einmütigkeit.“

Kellnern und anderen Leuten in Berührung, von denen man bisher nur wußte, daß sie ein Trinkgeld zu bekommen haben. Jetzt auf einmal sah ich in ihnen — pardon, es klingt hoch-nösig! — Menschen, brave Menschen, die über das Leben besser Bescheid wissen als unser-eins.“

Das Telefon klingelte. „Es war Royd“, berichtete Joan. „Er möchte, daß ich sofort zum Parlament komme. Haben Sie Lust, mitzugehen, oder fühlen Sie sich zu abgespannt, Anthony?“

„Gewiß beglote ich Sie. Je mehr ich mich umgucke, je mehr Neuigkeiten ich auf meiner nächsten Fahrt erzählen kann, desto besser.“

Royds Freund, ein Abgeordneter der Arbeiterpartei, traf sie am Eingang, und da Joan erst in einer Stunde benötigt wurde, besorgte er den beiden Karten für die Mitglieder-galerie.

„Bisshals als ob man auf Fische in dem Bassin eines Aquariums blickt!“ flüsterte Joan, als sie von ihren Plätzen in den Saal hinauspätschte.

„Ich glaube, es ist die Deckenbelichtung, die diesen Eindruck hervorruft.“

Das Haus war gefüllt. Joan fesselten vor allem die Köpfe der weiblichen Abgeordneten.

„Ah, Lady Astor.“

Lady Astor beschränkte sich darauf, den Arbeiterabgeordneten in ziemlich grober Art zu sagen, daß sie die Alleinschuld an dem Tumult des Generalstreiks trügen, und ihre eigenen Parteigenossen zur eine Sammlung von Ideeten zu nennen, weil sie die ganze Bewegung nicht im Keime erstickt hätten.

„Was braucht die Frau eigentlich einen Mund?“ witzelte Dacre. „Sie spricht ja mit dem ganzen Körper!“

Nach Lady Astor erhob sich ein hervorragender Jurist, um haarscharf zu beweisen, daß der Generalstreik ungesetzlich sei.

„Dabei sieht er unschuldig aus wie eine Lillie!“ erbotte sich Joan.

„Und merkwürdig weitfremd.“ ergänzte ihr Gefährte. Er hatte viel zu tun, sie während dieser Rede zu beschwichtigen.

„Ist es nicht verrucht.“ fragte Joan, als sie die Vorhülle aufsuchte, daß er seinen Ruf benutzt, um der Ansicht seiner eigenen Klasse das Prestige des Gesetzes zu geben?“

William Royd, der zu ihnen getreten war und die Frage ebenfalls hörte, lachte über den kleinen Hitzkopf.

„Was liegt an juristischen Gutachten? Wenn unsere Leute festbleiben — nun sie können doch nicht drei Millionen Menschen ins Gefängnis stecken!“

„Aber den Generalrat verhaften.“

„Dann werden eben andere an die Stelle der Verhafteten treten. Und sollte man die Gewerkschaftskassen konfiszieren, mein Gott, so wird's, da wir ohnehin nicht genug haben, um volle Streikgelder zu bezahlen, auch nicht all-zuviel schaden.“

„Trotz alledem, es ist verrucht.“

Royd legte seine Hand auf des Mädchens Schulter.

„Bewachen Sie sich diese Entrüstung, mein Kind, und machen Sie Gebrauch davon, wenn Sie Abgeordnete sind.“

Anthony Dacres Herz setzte einen Moment aus.

„Denkt Joan an einen Sitz im Parlament? Wissen Sie noch nicht die große Neugier?“ William Royd schaute den Fragesteller fast verdutzt an.

„Es ist meine Schuld“, warf Joan ziemlich schlechtern ein. „Ich vergab in dem Trubel ganz, es zu erzählen. Die Arbeiterpartei von Shireport möchte mich bei der nächsten Wahl als Kandidaten aufstellen.“

„Aber sie hat doch bereits einen Abgeordneten.“

„Freilich. Doch will er wegen seines Alters nicht wieder kandidieren. Möglicherweise legt er sein Mandat schon vor-nieder.“

Fünftausend Stimmen Majorität, das letzte mal.“ schaltete Royd ein.

„Ich gratuliere, Joan.“ Dacre zwang sie zu einem Lächeln und einem herzlichen Hande-druck. Aber er war froh, daß Royd sie gleich darauf zu einer Konferenz führte und er sich allein überlassen blieb.

Langsam schenderte er am Themseufer entlang. Kein Dampferkiel durchschnitt das Wasser; keine Straßenbahn und keine Droschka jagten den Kai entlang. Höchstens surrte gelegentlich ein Privatwagen vorbei. Dacre tat die Stille wohl. Die Möglichkeit — jetzt schon Gewißheit — von Joans Eintritt ins Parlament hatte er nie erwohnen. Nun ja, er lebte in einem Kreise, dessen Frauen genau wie die Männer einem Beruf nachgingen, aber noch keine von ihnen hatte dieser Beruf gehindert, das zu tun, wonach es sie just gelüstete. Doch Joan? ... Hier war eine Frau mit einer Ehrhaltung, die sich nicht ins Ge-wisse fiel. Würde sie ihn trotzdem heiraten wollen?

(Fortsetzung folgt)



Wie stehst Du zur Frauenfrage?

Es wäre im Interesse der Arbeiterklasse und der zweckdienlichen Gestaltung unserer Arbeiterbewegung sehr zu wünschen, wenn möglichst viele Kollegen und Kolleginnen sich eine Antwort auf die vorstehende Frage zu geben versuchten. Unsere Gewerkschaft und unsere gewerkschaftliche Presse ist in sehr starkem Maße bestimmt, auch den Arbeiterinnen erfolgreich zu dienen. Das bedeutet werben und kämpfen! Deshalb müssen Frauenfragen und Arbeiterinnenfragen im besonderen, mehr als bisher diskutiert und zweckentsprechend im Tageskampf behandelt werden.

Es ist in erster Linie das Verdienst der freien Gewerkschaften, erfolgreich für den Schutz der arbeitenden Frauen vor übermäßiger Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und vor den Gefahren der Arbeit gekämpft zu haben. Die Sozialdemokratie hat diesen Kampf wirkungsvoll unterstützt, indem sie ihren agitatorischen und parlamentarischen Einfluß schon zu einer Zeit zur Geltung brachte, als die Frauen noch in größter Unfreiheit lebten und ihnen jegliche Hilfe zur Besserung ihrer traurigen Lage versagt war.

Der große Vorkämpfer August Bebel hat in seinem Werk „Die Frau und der Sozialismus“ die grundsätzliche Haltung der Gewerkschaften, überhaupt der sozialistischen Bewegung im Hinblick auf die Frauenerwerbsarbeit und deren gesundheitsschädigende Wirkung dargelegt. Er verlangt, daß strenge Schutzgesetze das Übermaß von Ausbeutung der Frauennarbeit verhindern müßten. Zur Frage der Gleichberechtigung mit dem Manne forderte Bebel: „Die Frau soll wie der Mann nützlich und gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft werden, sie soll wie der Mann alle ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten voll entwickeln können und, indem sie ihre Pflichten erfüllt, auch ihre Rechte beanspruchen können. Dem Manne als Erste und Gleiche gegenüberstehend, ist sie vor unwürdigen Zumutungen gesichert.“

Wie ganz anders klingen diese Worte im Gegensatz zu dem Gele der Nazi über Frauenarbeit und Frauenrecht. Die willkürliche und zur Frauenfrage ist verschiedentlich in Zeitungen, Zeitschriften und Versammlungen dargelegt worden, aber vor allem in der Ausbeutung und von Gleichberechtigung ist nichts zu lesen und nir-gends! ... Es ist sich nur überall der Haß gegen die Frauenrechte hören. ... Herrin. ... Herrin: sei nur an die Aenberungen des Herrn Gottfried Feder, wonach die Frau „Magd und Dienerin“ sein soll, sowie die Ansicht des koscheren Herrn Goebbels, wonach es die Aufgabe der Frauen ist, schön zu sein und Kinder zu gebären.“ Daß die Nazi sich bei Behandlung der Frauenfrage in aller-lei Widersprüche verwickeln, ist bei dem Charakter dieser Partei, die jeder Interessen-schicht der Bevölkerung das Glück und Erfüllung ihrer Wünsche verheißt, nicht weiter verwunderlich. Die Frauen sollten es sich aber energisch verbieten, daß ihre Interessen mit Füßen getreten werden, wie das durch die Nazi geschieht. So war in der Königsberger „Preussischen Zeitung“ vom 30. 5. 31 zu lesen:

„haupt zu kämpfen. ... Und sollten doch einige Betriebe Frauen und Mädchen beschäftigen, woll diese ... oben nur Frauenarbeit ist, dann trauen wir es unseren zukünftigen Staatsherren schon zu, daß sie für die hier arbeitenden Frauen und Mädchen sorgen werden, auch ohne das redogewandte Damen aus dem Parlament ihre Nase dazwischen stecken.“

Wie die Sorge der Nazi-Staatsmänner aussehen wird, dafür ein Beispiel. Der Textilfabrikant Mutschmann, der zugleich Gauleiter der Nazi und Reichstagsabgeordneter ist, zahlte seinen Arbeiterinnen für 6 Stunden Arbeit 72 Pfennig Lohn. So etwas ist natürlich ein schönes Geschäft.

Die Religionen der Menschheit

Professor Raymond Pearl, der Leiter des biologischen Instituts der Hopkins-Universität, hat vor kurzer Zeit eine Gesamtübersicht über die Religionsschichtung der Menschheit veröffentlicht. Es ist die erste Darstellung, die auf möglichst genauen Erhebungen begründet ist, soweit sich die Zahlen auch bei den Völkern, die nicht in unserem Sinne eine moderne Statistik besitzen, gewinnen ließen. Nach den Berechnungen von Prof. Pearl beträgt augenblicklich die Gesamtbevölkerung der Erde 3 Milliarden Menschen, wie allgemein angenommen wird. Nur etwas mehr als 1/4 der gesamten Menschheit gehört dem christlichen Glauben an, nämlich 36,9 Proz., so daß die Gesamtzahl der Christen sich auf 682,4 Millionen Menschen erstreckt. Von diesen gehören 331,5 Millionen oder 17,9 Proz. der gesamten Menschheit dem römisch-katholischen Glauben an, 141 Millionen oder 7,8 Proz. der gesamten Menschheit sind griechisch-orthodox, wie z. B. die Russen, die Serben, die Griechen, die Bulgaren usw., und 206,9 Millionen oder 11,2 Proz. der Menschheit sind Protestanten. Die christlichen Religionen verteilen sich hauptsächlich auf die zivilisierten Völker aller Erdteile. In Asien dagegen ist die Ueberzahl der Bevölkerung Nichtchristen. Hier sind sehr menschenreiche Völker, wie die Chinesen, Japaner, Inder, noch nicht dem Christentum gewonnen worden. Die Gesamtzahl der Nichtchristen der Welt beträgt 623 Proz. oder rund 1100 Millionen Menschen. Von ihnen entfallen auf die Anhänger der Lehre des Konfuzius und des Tao rund 350 Millionen oder 19 Proz. der gesamten Menschheit. Die Anzahl der Hindus beträgt 230 Millionen oder 12,5 Proz. und die Anzahl der Buddhisten wird von Pearl auf 150 Millionen oder 8 Proz. geschätzt. Genau, bis ins einzelne gehende Zahlen sind schon hier kaum mehr zu erreichen, wenn auch hier Zahlungen hin und wieder durchgeführt werden. Im großen und ganzen aber ist anzunehmen, daß die Zahlen zutreffen. Es handelt sich außerdem um so ungeheure Ziffern, daß einige geringe Abweichungen nach oben oder nach unten keine Rolle spielen. Die Gesamtzahl der Juden beträgt 15 1/2 Millionen Menschen oder 0,8 Proz. der gesamten Menschheit. Eine recht beträchtliche Anzahl von Menschen huldigen dem Animismus. Das ist die Religion mancher Naturvölker, die alle Dinge und Naturerscheinungen für beseelt halten. Alles Wirken und Geschehen in der Natur wird durch Elementargeister erklärt, die allen Erscheinungen innewohnen. Die

für die Herren „Fg“-Arbeitgeber, das sie gefährdet sehen, wenn die Arbeiterin aufgeklärt und selbstbewußt in den Reihen des kämpfenden Proletariats steht.

Manche Beleidigung muß die arbeitende Frau über sich ergehen lassen. Heißt es da z. B. im Dresdener „Freiheitskampf“ vom 13. 1. 31:

„... freilich, wir wollen deutsche Heidemütter und keine übergeschappte Frauen, die ihre gottgewollte Bestimmung verfehlt haben! Und gerade deshalb, weil wir die Mütter wollen, ist es unser Ziel, das Mädchen und die Frau wieder aus dem Erwerbsleben herauszunehmen und sie der eigentlichen Bestimmung wiederzugeben.“ (Schluß folgt)

Bei Ostseereisen beachten

Gewerkschaftskollegen und Parteigenossen, die ihre Ferien in einem der Ostseebäder verbringen wollen, sollten sich rechtzeitig an die Bezirkssekretariate Stettin und Königsberg des ADGB wenden, die gern bereit sind, ihnen Pensionen namhaft zu machen, deren Inhaber Republikaner sind, oder ihnen die Persönlichkeiten in den einzelnen Ostseebädern nennen, an die sie sich um Auskunft wenden können. Sie leisten sich damit nicht nur selbst einen guten Dienst und ersparen sich Ärger und Enttäuschung, sie helfen dadurch auch unseren Genossenschaftsgenossen, denen ohnehin in diesen Orten durch eine rücksichtslose Hetze und wirtschaftlichen Boykott das Leben schwer gemacht wird.

Billigere Urlaubstage

Gezwungen durch die heutige Zeit haben wir die Pensionspreise in unseren Heimen ab 5. Juni erneut ermäßigt. Sie sind jetzt so gestellt, daß sie als durchaus erschwinglich bezeichnet werden können, betragen sie doch nur 3,50 bis 4 RM. Außerdem gewahren wir noch 3 Proz. Rückvergütung, die für den nächsten Aufenthalt gutgeschrieben werden, so daß der eigentliche Preis für die Pension nur 3,40 bis 3,90 RM ausmacht. Unsere Heime haben nur Einzelzimmer mit 1, 2 und 3 Betten. Die Ausstattung ist angemessen. Die Lage der Heime reizvoll. Fordern Sie bitte unseren Prospekt, wir übersenden ihn gern (kostenlos) und erteilen bereitwilligst Auskunft. Anfragen bitte Rückporto beilegen. Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H. Sitz Jona, Marienstr. 4.